

Zuschriften zu „Stuttgart 21 geht uns alle an“ – Anzeige in der FAZ am 15.10.2010

U. B.

Sehr geehrter Herr Fischer, vielen Dank für Ihren offenen Brief in der FAZ von heute Morgen. Viele Politiker haben noch nicht gemerkt, daß es in einer zunehmend vernetzten Welt sehr schwierig wird über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden. Machen Sie so weiter. Dieses Milliarden-Grab darf nicht gebaut werden. Mit freundlichen Grüßen

J. W.

Sehr geehrter Herr Fischer, als einfacher Bürger und langjähriger Leser der FAZ möchte ich Ihnen hiermit meine Anerkennung für Ihren offenen Brief zu Stuttgart 21 in der FAZ vom 15.10.2010 aussprechen. Ihren inhaltlichen Ausführungen stimme ich voll zu. Mit freundlichen Grüßen

L. + G. W., Stuttgart

Sehr geehrter Herr Fischer, das war seit langem der beste Beitrag, der uns zwischen Bangen und Hoffen um STUTTGART 21 am Morgen aus der F.A.Z. präsentiert wurde. Vielen Dank für Ihre ausführliche Berichterstattung!!! Alles was Sie dargelegt haben, trifft den Nagel auf den Kopf. Wir, auch Gegner von STUTTGART 21 sind Ihnen dankbar für diese Veröffentlichung. Freundliche Grüße aus Stuttgart

H.O. S.

Hallo Herr Fischer, wie schön, daß Sie es sich leisten können, Ihr Geltungsbedürfnis in der FAZ zur Schau zu stellen. Da Sie nicht einmal den Namen des Bahnvorstandes korrekt wiedergeben können, kann auf eine diskursive Betrachtung der Projektargumente getrost verzichtet werden. Es bleibt Ihnen daher auch verborgen, daß es darum gar nicht mehr gehen kann, sondern um die grundsätzliche Gewaltenteilung einer demokratischen Gesellschaft. Mehrheitlich getroffene Entscheidungen, die alle Instanzen der Begutachtung und Einspruchsmöglichkeiten durchlaufen haben, sind nun mal zu akzeptieren. Das Ergebnis kann man inhaltlich jeweils mit guten Argumenten in Zweifel ziehen, die Alternative ist aber nur das Recht des Stärkeren bis hin zur Anarchie. Auch in diesem Land sind bereits genügend rechtsfreie Räume zu besichtigen. Die Attraktivität unseres Bahnverkehrs hinkt bereits um Jahrzehnte gegenüber Ländern wie Frankreich und Japan hinterher und verursacht eine ungebremste Zunahme der innerdeutschen Flüge und des Straßenverkehrs. Aber Flughäfen und Strassen sind ja auch des Teufels. Ziehen Sie sich wieder in Ihre Gutmenschen Idylle zurück und kultivieren Sie Ihre musischen Projekte, hoffentlich ist Ihnen dabei ein differenzierteres Urteilsvermögen beschieden. Mit freundlichen Grüßen

S. P.

Hallo Herr Fischer, Vielen Dank für Ihre mutige und engagierte Anzeige in der heutigen FAZ. Herzliche Grüsse

E. C., Gröbenzell

Sehr geehrter Herr Fischer, gestatten Sie mir bitte, neben Ihnen meine Hochachtung mitzuteilen, nur Adjektive zu Ihrer Aktion: aufklärerisch, mutig, nötig . Mit freundlichen Grüßen

S. V., Frankfurt

Sehr geehrter Herr Fischer, Danke für Ihren offenen Brief, der auch mir aus der Seele spricht! Ich hoffe, dass Ihre Aktion etwas bewirkt!! Herzliche Grüße aus Frankfurt

H. B., Neu-Isenburg

Sehr geehrter Herr Fischer, Danke für diese offenen Worte. Ihr Artikel hat sehr zur Klarheit der Situation Stuttgart 21 beigetragen. Es ist beispielhaft, was Sie veröffentlicht haben. Mit freundlichem Gruß

D. S., Essingen

Sehr geehrter Herr Fischer, ich danke Ihnen sehr für Ihre umfassende S 21-Darstellung in der Frankfurter Zeitung, heute am 15.10.10.

U. M., München

Sehr geehrter Herr Fischer! vorab: auch ich bin gegen Stuttgart 21, schon, da ich als Liberaler (klassischer Linksliberaler) staatliche Subventionen ablehne und dies insbesondere in dieser Höhe und bei wohl eher wenig Nutzen. Die Bahn kann aber natürlich nicht auf Investitionen verzichten bis die von mir geforderte Privatisierung erfolgt ist. In Ihre Anzeige haben sich aber auch Ungereimtheiten eingeschlichen:

A) Entgegen Ihrer Aussage handeln viele Demonstranten gerade nicht in freiheitlich-demokratischer Weise, sondern antidemokratisch rechtswidrig, etwa durch Baugeländebesetzungen.

B) Wenn Bahnchef Grube den Demonstranten ein Widerstandsrecht abstreitet, verneint er ganz offenkundig nicht ein Demonstrationsrecht, sondern - völlig richtig - ein sogar nur im Notfall gegebenes Recht i. S.v. Artikel 20 (4) GG gegenüber Bestrebungen, die Demokratie zu beseitigen. Selbst grob rechtswidriges Verhalten stellte im übrigen noch keine Bestrebung zur Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar.

C) Unzählige Einsprüche wurden nicht nur von der Verwaltungsbürokratie "abgeschmettert" (wie Sie schreiben), sondern auch von den zuständigen Gerichten.

D) Entgegen Ihrer Vermutung besteht keine Vorrangigkeit zugunsten eines (vermeintlichen) Bürgerrechts auf nachträgliche Rücknahme eines begünstigenden VA mittels Volksabstimmung zu Lasten des "Staatsrechts/Rechtsstaats" (Ihre insofern richtige und - entlarvende - Wortwahl). Der Bauherr eines genehmigten Baues hat ein subjektives Recht auf Durchführung und nicht nur ein Schadenersatzrecht wegen rechtswidriger Rücknahme des genehmigenden VA's, gegen die wohl auch sofort vorläufiger Rechtsschutz bewirkt werden könnte. (Aber ich bin kein Jurist).

Allenfalls könnte das ja seit Bismarck sozialisierte Unternehmen Deutsche Bahn AG durch Druck seitens seines Eigentümers zu Verzicht auf subjektive Rechte bewogen werden. Das stelle ich anheim. Diese Möglichkeit rechtfertigt aber nicht Ihre Argumentation, die den Grundsätzen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates meines Erachtens erschreckend wenig Raum gibt. Mit freundlichen Grüßen

M. S.

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großem Interesse habe ich heute Ihre Anzeige in der FAZ gelesen. Ich selbst habe berufsmäßig mit fast allen Großobjekten in Frankfurt am Main zu tun. Im Grundsatz stimme ich Ihnen vollkommen zu. Auch nach meinem empfinden steht der Aufwand zum Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis. Das einzige was mich immer wieder nachdenklich macht, wo war die Widerstandsbewegung als das Objekt noch in der Planungsphase war und Einsprüche möglich gewesen wären. Jetzt gibt es Verträge und nun ist es fast unmöglich auch ein sinnloses Projekt rückgängig zu machen. Ich denke egal wie es aus geht. Es wird für den Steuerzahler verdammt teuer !!! Für ihren Widerstand wünsche ich ihnen weiterhin viel Erfolg. Mit freundlichen Grüßen

C. H., Stuttgart

Sehr geehrter Herr Fischer, ganz herzlichen Dank für Ihre zutreffenden und klaren Worte in Ihrer Anzeige in der FAZ vom 15.10.2010! Zu Ihrer Information und jederzeitigen Verwendung übersende ich Ihnen als Anhang einen von mir formulierten offenen Brief gegen S 21 aus Sicht eines Juristen. Es gibt eine ausführliche und eine Kurzfassung. Im Moment versuche ich mit einigen Kollegen den Text möglichst breit zu streuen, was aber gar nicht so einfach ist, da Juristen oftmals etwas schwierig und übervorsichtig sind. Der Text stammt aber vollumfänglich von mir - Sie können ihn deshalb nach Ihrem Belieben verwenden - oder natürlich auch nicht! Herzliche Grüße aus Stuttgart und oben bleiben!

Warum Stuttgart 21 umkehrbar ist und gestoppt werden muss

Wir, eine Initiative von Stuttgarter Juristen und Rechtsanwälten, treten mit diesem offenen Brief der geradezu gebetsmühlenhaft wiederholten Behauptung der Projektbefürworter entgegen, Stuttgart 21 sei „unumkehrbar“, weil demokratisch legitimiert, ein Ausstieg sei nicht oder nur exorbitant hohen Kosten möglich und gefährde den Rechtsstaat. Dies trifft nicht zu!

Es stimmt, dass S 21 mit Mehrheiten in den entsprechenden Gremien beschlossen wurde. Es stimmt aber auch, dass diese Gremien die wahre Dimension dieses Projekts, seiner technischen und finanziellen Schwierigkeiten, wenn nicht gar Unmöglichkeit und die ökologischen Risiken bewusst verschwiegen wurde. Die Legitimität ist damit eine rein formale, sie steht auf tönernen Füßen. Gerichtlich wurde auch nicht entschieden, dass ein Bürgerbegehren unzulässig sei, sondern es wurde nur festgestellt, dass ein Bürgerbegehren gegen den Willen des Gemeinderats nicht erzwungen werden kann, weil sich die Stadt – in Kenntnis der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren – zuvor vertraglich gebunden hatte und deshalb ein Bürgerbegehren nicht mehr möglich war.

Kein Gericht hat überdies festgestellt, S 21 sei der Beibehaltung und Modernisierung des Kopfbahnhofs („K 21“) überlegen; durch ein Gericht findet lediglich eine Überprüfung statt, ob durch den Inhalt eines Planfeststellungsbeschlusses das planerische Ermessen überschritten wurde. Schließlich gilt zwar „pacta sunt servanda“, Verträge können aber immer und jederzeit einvernehmlich aufgehoben und, sofern es sich um Werkverträge (also Architekten- und Bauleistungsverträge usw.) handelt, durch den Auftraggeber (also die Bahn) gekündigt werden. Dem Auftragnehmer steht dann ein Anspruch auf entgangenen Gewinn zu, der – z.B. wenn günstig angeboten wurde, um den Auftrag zu erhalten – sehr niedrig sein kann.

Es gibt schließlich keinen Rechtsgrundsatz, etwas (wider besseres Wissen?) durchzusetzen, weil man es beschlossen hat. Von einer Gefährdung des Rechtsstaats kann nicht die Rede sein.

„Unumkehrbar“ ist Stuttgart 21 also nicht, schon gar nicht aus juristischer Sicht!

Wir fordern deshalb einen sofortigen Bau- und Vergabestop und die Aufnahme von Gesprächen unter Offenlegung aller Verträge und Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

G. G., Hohenfels

Sehr geehrter Herr Fischer, vielen Dank für Ihren offenen Brief in der FAZ vom Tage, Ihre klaren und richtigen Worte. Besser kann man nicht ausdrücken. Unsere Politiker haben leider keine Antworten mehr und fügen sich der Lobby. Menschen wie Sie erhellen den Tag. Nochmals herzlichen Dank. Sie haben es richtig gemacht! In der Hoffnung, dass man die FAZ in Berlin und Stuttgart auch in Kreisen von Parlamentariern lesen und verstehen kann. Mit freundlichen Grüßen aus Hohenfels

T. E., Hofgeismar

Sehr geehrter Herr Fischer, zwar haben Sie in nahezu allen Punkten recht, jedoch vermisse ich von Ihnen zumindest gedanklich einen alternativen Vorschlag. Wenn Deutschland als "High-Tech-Exporteur" an seinem Standort nicht ähnlich wie in China oder Indien modernste Infrastruktur realisiert, verlieren wir auch bei der Auftragsvergabe ganz anderer Produkte weltweit zunehmend den Anschluß. Schauen Sie sich einmal in China die neuen Bahnhöfe, S-Bahnlinien, Ampelsysteme auf den Straßen etc. an. Wollen Sie aus Deutschland auch im Bereich der modernen Infrastruktur ein Museum machen? Ansonsten stimme ich Ihnen zu, Stuttgart 21 leidet unter mangelnder Transparenz der Auftragsvergabe und Kosten, die Bahnpreise sind viel zu hoch, preiswertere ebenso moderne Lösungen für "Stuttgart 21" fehlen. Die aber brauchen wir jetzt. Mit freundlichen Grüßen

H. K., Dinslaken

super, das sie sowas machen und wie sie das machen !!es grüßt sie ganz herzlich

R. K., Schweiz

Sehr geehrter Herr Fischer Eben lese ich in der FaZ Ihre Anzeige und bin beeindruckt. Direkte Demokratie ist das Gebot der Stunde. Herzliche Grüesse aus der Schweiz

J. J.

Sehr geehrter Herr Fischer, für Ihren offenen Brief in der FAZ und den Einsatz, ich habe mich beim Lesen sehr gefreut. Mit freundlichen Grüßen

K. F., Eppstein

Sehr geehrter Herr Fischer, man freut sich ja immer, wenn es noch andere engagierte Bürger gibt, zumal wenn sich manche Anzeigen in überregionalen Zeitungen leisten können. An ihrer Stelle hätte ich mir das allerdings erspart, nicht wegen des Geldes, aber wegen des dünnen Inhalts und der vielen Denkfehler die Sie damit offenbart haben. Welche Kosten dieses Projekt letztendlich verursachen wird, wissen wir beide nicht. Tatsache ist, das durch den langen demokratischen und Rechtsweg, solche Infrastrukturprojekte immer teurer werden als erwartet. Da ließe sich immer viel sparen, wenn Projekte – ohne das der Rechtsweg darunter leiden müsste – so zügig durchgeführt würden wie Unternehmer das in der Regel machen. Da würde dann aber auch wieder geklagt. Aber das hat nur indirekt mit diesem Projekt zu tun. Ich beschränke mich mit meinen hinweisen mal auf den Flughafen, der ja auch eingebunden werden soll. Sie behaupten, Stuttgart hätte einen „Provinzflughafen“ für den die S-Bahn Anbindung völlig ausreichend sei. So ist es nicht. Dieser „Provinzflughafen“ lag 2009 mit knapp 9 Millionen Passagieren an 7. Stelle im Aufkommen in Deutschland und außerdem wurde kürzlich die Messe dorthin ausgelagert. Ein ICE Bahnhof am Flughafen Stuttgart hat also gleich mehrere Vorteile, die eine simple und langsame S-Bahn Anbindung nicht erfüllen kann. Der ICE Bahnhof dort erlaubt den Wegfall der momentan noch 6 Verbindungen nach Frankfurt und zurück, öffnet also 12 slots am Flughafen. Womöglich könnten auch die Verbindungen nach München entfallen. Die Bewohner der Filderregion und weiter Teile von BaWü müssten nicht mehr erst in die Innenstadt um einen Zug zu erreichen. Der Flughafen und die Messe wären aber auch aus allen Richtungen schneller erreichbar. Unabhängig von den Verbesserungen in der Stadt, einem neuen, modernen Bahnhof sowie der Flächengewinnung die alle zusammen genommen ein Zukunftsprojekt für Stuttgart und BaWü darstellen das unverzichtbar ist. Ein weiterer Denkfehler ist die Unauflösbarkeit von Verträgen. Das gilt für Unternehmer sicherlich, wir sorgen für Ausstiegsklauseln in Verträgen die es erlauben, unter bestimmten Voraussetzungen auszusteigen. Das ist unter zwei Vertragsparteien immer möglich, bei drei Parteien wird es schon schwieriger. Hier handelt es sich aber nicht um einen Vertrag sondern um ein Verfahren das durch den Gesetzgeber in Gang gesetzt wurde, der – Königsrecht des Parlaments – Mittel bereitgestellt hat und die Exekutive mit der Durchführung der Planung beauftragt hat. Die demokratischen Rechte der betroffenen Bürger wurden durch ein Einspruchsverfahren gesichert das durch sämtliche rechtlichen Instanzen ging und letztendlich die Rechtmäßigkeit des Verfahrens festgestellt hat was zu einem Baurecht der Bahn AG führte. Erst jetzt, aufgrund des Baurechts wurde die Bahn AG in die Lage versetzt, die vielen Verträge abzuschließen die für die Realisierung des Projekts notwendig sind. Wir haben nämlich, Kraft unserer Verfassung, Gewaltenteilung in diesem Land. Die Gewalt der Straße ist da zum Glück und nach den Erfahrungen der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht vorgesehen. Nun wissen Sie doch auch, als Unternehmer, das es ein Unterschied ist, ob man die Firma als Inhaber beherrscht, oder als Vorstand den Eigentümern Rechenschaft ablegen muss. Das weiß auch ein Linkspopulist wie Herr Trittin, was diesen sauberen Herrn nicht daran hindert, der Bevölkerung vorzugaukeln, Herr Grube könnte mal eben gegen die Interessen des Konzerns dem er vorsteht handeln und die Bauvergabe verzögern. Genau das kann Herr Grube nicht es sei denn der / die Eigentümer bevollmächtigen ihn dazu auf einer außerordentlichen HV. Die Eigentümer sind aber nicht wie viele meinen „das Volk“ und schon überhaupt nicht diejenigen die am lautesten schreien und für sich „die Mehrheit“ reklamieren. Diese Krakeeler haben keinerlei demokratische Legitimierung und es hebt die demokratischen Prinzipien aus, wenn der Mob zu einer „Schlichtung“ eingeladen wird. Was ist denn mit einer

Einladung an die Befürworter, die dann ja auch am Tisch sitzen müssten? Nicht ohne Grund meldet sich Dr. Voßkuhle gegen die sonst üblichen Gepflogenheiten des BVerfG mahndend zu Wort. Was eigentlich geschieht ist nämlich, das eine radikale, undemokratische Minderheit versucht, die politischen Verhältnisse in BaWü außerhalb des demokratischen Rahmens umzustürzen. Wobei wir wieder bei der Gewalt der Straße wären, s.o.. Begleitet wird das von den weitgehend links orientierten Medien. Vierzig Jahre Brainwashing haben dazu geführt, das die Bevölkerung heute die politischen Grundlagen für unseren freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat kaum noch kennen und die Mechanismen der Demokratie nicht mal annähern kennen, geschweige denn erklären können. Da ist der Weg für neue Verführer natürlich geebnet und standhafte Politiker wie Reagan und Dr. Kohl seinerzeit beim NATO Doppelbeschluss, aber auch Helmut Schmidt, der lieber seine Kanzlerschaft aufgab als sich dem Druck der Straße zu beugen, sind leider nicht mehr vorhanden. Im Interesse der Demokratie kann man nur hoffen, dass die Undemokraten die sich an den Tisch mit Dr. Geissler gesetzt haben ihren Willen gegen ein demokratisch durchgeführtes Verfahren und gegen die Mehrheit der Bevölkerung nicht durchsetzen werden. Sonst würde unser Land nicht nur seine Zukunftsfähigkeit verlieren, der Willkür wäre Tür und Tor geöffnet. Zu einer Veröffentlichung in der DVZ fehlen mir die Mittel, ich werde diesen Brief an Sie Herr Fischer, allerdings einem weiten Kreis zur Verfügung stellen.

A. N.

Sehr geehrter Herr Fischer, meine Auffassung, nicht nur meine, können Sie bitte in dem beigefügten Leserbrief nachlesen.

Auf Ihren offenen Brief - Kompliment u. Respekt! - hin frage ich Sie: Warum und wozu haben Sie sich nicht rechtzeitig mit Ihren Argumenten gemeldet? Informationen sind Bringschulden! Nicht nur von unseren Politikern an ihre Wähler, sondern wir müssen auch unsere Politiker unsere Erkenntnisse rechtzeitig wissen lassen, wenn wir feststellen u. glauben, dass sie auf dem falschen Weg sind. Hierfür war 16 Jahre lang Zeit. Oder nicht? Mit freundlichem Gruß

Leserbrief: Stuttgart 21: Vor - Sicht! 16 Jahre lang wurde Stuttgart 21 diskutiert und in den zuständigen Parlamenten beraten u. beschlossen - auch von den von uns gewählten Abgeordneten der SPD u. den Grünen. Gerichte haben diese Beschlüsse bestätigt. Auf dieser Basis, korrekt legitimiert, wurden dann Aufträge vergeben. Während dieser 16 Jahre war von den heutigen Schlaumeiern, Agitatoren nichts zu hören. Aber jetzt, nachdem mit den Arbeiten begonnen wurde, fangen bestimmte Kreise an zu agieren. Wozu? Mit diesem nachträglichen Protest Landtagswahl u. Bundestagswahl gewinnen? Sind sich diese Agitatoren nicht bewusst, dass sie die Zuverlässigkeit unseres Rechtsstaat in Frage stellen, zerstören? Wer wird denn noch Projekte für unsere Zukunft verwirklichen wollen, wenn ihm durch nachträgliche Proteste die legitimierte Basis genommen werden kann? Ist den Agitatoren nicht bewusst, dass sie auf dem Weg in eine andere Republik sind? Oder ist das ihr Ziel? Bitte: Vor - Sicht! Danke.

U. L., Hergenrath

Sehr geehrter Herr Fischer, ich habe Ihren offenen Brief und Ihre Stifter-Vita gelesen. Dabei habe ich festgestellt, dass 60 Jahre nach dem 1. Massenmörder, 31 Jahr nach dem 2. Massenmörder auf deutschem Gebiet wieder Menschen unspezifiziert hinter Parolen und Verhetzern, wie in Baden-Württemberg, herlaufen. Keiner dieser Leute hat jemals danach gefragt, als dieses Vorhaben initiiert worden ist (vor mehr als 10 Jahren!!). Jetzt lassen sich unwissende Leute mit Parolen, Fehl-/Falschinformationen auf die Strasse locken. Gerade Sie als Sudetendeutscher sollten doch wissen, was die Parolen eines Hitlers an den Tschechen und die Parolen eines Stalins an den Deutschen bewirkt haben. Sie fragen sich auch nicht, woher das Ganze der Aktivitäten bezahlt wird. Die Mafiahochburg Stuttgart hat wahrscheinlich zu wenig Aufträge erhalten. Haben Sie sich nie gefragt, woher in Baden-Württemberg Einiges ausserhalb der öffentlichen Hand finanziert wird. In Ihrem Alter sollten Sie doch weiser sein und hinterfragen. Vielleicht wollen Sie ja auch nur, dass die Deutschen wieder zu Fuß oder per Pferd sich bewegen. Glücklicherweise ist der, wie ich, der nicht in diesem geistig degenerierten Land leben muss. Mit freundlichen Grüßen

Dr. G. W.

Sehr geehrter Herr Fischer, ich habe mir die Mühe gemacht, Ihre zeilenträchtige Anzeige in der FAZ vom 15. Okt. zu lesen. Sie wiederholen in diesem Zusammenhang, Befürchtungen, Behauptungen und auch Unwahrheiten mit denen sich die Totalverweigerer des Projektes seit geraumer Zeit, nicht unerfolgreich, in der Öffentlichkeit platziert haben. Es ist unbestritten, dass in der Kommunikation seitens der Projektträger Bahn, Land BW und Stadt Stuttgart nach dem Wiederaufleben des Projekts seit Ende 1999 große Fehler und Versäumnisse im Hinblick auf die erneute Akzeptanz in der Bevölkerung gemacht wurden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass das Bahnvorhaben Stuttgart-Ulm für die Stadt Stuttgart, die Region und das Land Baden-Württemberg m.E. eine einmalige Chance darstellt und daher zu Gunsten künftiger Generationen umgesetzt werden muss. Ganz abgesehen von der demokratischen Legitimation dieses Projektes. Verbesserungen im Detail sind bei einem Großprojekt immer möglich. Ihre Aussagen zur heutigen Situation der Stadt Stuttgart und ihren künftigen Perspektiven im Zusammenhang mit Stuttgart 21 sind, gestatten Sie mir diesen Hinweis als seit über 30 Jahren hier lebender Bürger, von wenig Ortskenntnis geprägt. Und Ihre Ansichten zum Umgang mit rechtsgültig angeschlossenen Verträgen entspringen offensichtlich Ihrer persönlichen Erfahrung und Praxis, sind wohl aber für die Komplexität und Größenordnung, um die es bei diesem Projekt geht, ungeeignet. Es sei denn man denke nach dem Motto: Ausstieg auf jeden Fall – egal was es kostet. Ich würde mir wünschen und darf empfehlen: bleiben Sie bei Ihrem Leisten und widmen Sie sich mit Ihrer Stiftung weiterhin den dort satzungsgemäß verankerten verdienstvollen Stiftungszielen im Bereich von Kunst und Kultur, meinestwegen auch gerne in Stuttgart und Umgebung. Mit besten Grüßen

U. K.

Sehr geehrter Herr Fischer, "Bravo" kann ich nur sagen, als Baden-Württemberger aus Pfinztal bei Karlsruhe zur Ihrem Offenen Brief. Hoffentlich hilft es den Gegnern zum Durchbruch. - Nichts als Verschwendungssucht und Kungelei hat Stuttgart 21 bestimmt. Das Wahlvolk wird von den Verantwortlichen -Politikern und Firmenbosse- seit Jahren nicht mehr ernst genommen. Nicht nur Stuttgart 21 auch die Integrationsmisere der islamischen Einwanderer ist ein Trümmerfeld. Das Geld für den Schienenausbau der Rheinstrecke Karlsruhe - Basel ist dringender, dort wurde immer wieder hinausgeschoben, weil kein Geld da ist. Wie paßt das zusammen. Der Volkszorn ist auf ungeahntem Höhenflug. In BW muß die CDU im kommenden März von ihrem Sockel gerissen werden, sonst merken die nicht, was eigentlich bei uns los ist. Unverschämt, wie Herr Mappus aufgetreten ist, daß unsere Kanzlerin ihm beigeprungen ist, wird sie bald als Fehlsprung wahrnehmen müssen. Als Bankkaufmann in 45 Berufsjahren und "Hörer" der Stimmen aus dem Volk weiß ich wovon ich rede. Und immer werden unsere Stimmen nicht ernst genommen. Da lobe ich mir die Schweiz, wo auch noch Volksbefragungen die parlamentarische Demokratie stützt. Auf zum Unbruch! -Ich bin kein Radikaler, sondern ein Wähler der Mitte. Nochmals Dank für Ihre Veröffentlichung.

I. M-K.

chapeau, herr erwin fischer, für ihren offenen brief. wir sind zwar keine stuttgarter, aber kleine bürger und steuerzahler, die so nicht mit sich umspringen lassen wollen. wir beteiligen uns an ihrer anzeige mit euro 10.--, die sie bitte von unserem konto 849 66- 608, plz 500 100 60 abbuchen.

R. S., Reutlingen

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großem Interesse habe ich Ihre Anzeige gelesen. Jenseits der Frage S21 ja oder nein sind m.E. einige strukturelle, für die Entwicklung unserer Demokratie wesentliche, Faktoren zu berücksichtigen:

1. Baden-Württemberg hat, wie Bayern auch, immer noch kein Landesinformationsfreiheitsgesetz verabschiedet, obwohl das nach den Vorgaben der EU längst hätte erfolgen müssen. Die meisten anderen Bundesländer haben Landesinformationsfreiheitsgesetze.

2. In Deutschland gibt es immer noch keinen gesetzlich geregelten Whistleblowerschutz. Der würde dazu führen, daß Leute, die beim Staat als Beamte oder in der Wirtschaft als Mitarbeiter kriminelle Handlungen, Korruption oder Pusch entdecken, dies straflos und sanktionslos öffentlich machen können. Andere Länder haben diesen Schutz.
3. Die Begriffe "Betriebsgeheimnis" und "Geschäftsgeheimnis", mit deren weiter Auslegung Staat und Wirtschaft den Zugang zu Informationen verhindern, müssen wesentlich schärfer gefaßt werden. Wer sich darauf beruft, muß gesetzlich dazu verpflichtet werden, dies nachprüfbar und öffentlich zu belegen. Beweislast! Leere Behauptungen - wie bisher - waren und sind obsolet.
4. Wir haben keine Soziale Marktwirtschaft, auch wenn dies immer wieder - auch von Herrn Dr. Geißler - behauptet wird. Röpcke, einer der Väter des Sozialen Marktwirtschaft, sagte: "Wer den Nutzen hat, muß den Schaden tragen." Den trägt aber der Nutznießer nicht. Die negativen, externen Effekte werden den Verursachern nicht aufgebürdet. Warum auch? Für Gesundheitsschäden, die die deutsche Wirtschaft den Leuten zufügt, gibt es ja die Krankenkasse. Und die Beiträge dafür will die Wirtschaft von sich abschütteln. Die Gesundheitspolitiker standen und stehen der Wirtschaft zur Seite und schwangen jahrzehntelang die Sozialkeule gegen die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Korruption und Betrug im Gesundheitswesen rottet sie nie aus. Dazu waren und sind sie zu schwach. Seit fünfzig Jahren drehen die Unternehmer die tibetanische Gebetstrommel: "Die Lohnnebenkosten sind zu hoch". Sie meinen damit die gesetzlichen Lohnnebenkosten. Die freiwillig vereinbarten Lohnnebenkosten dagegen waren bis vor kurzem immer höher als die gesetzlichen. Das haben sie in Kollusion mit den Medien stets verschwiegen. Es geht z. B. in Deutschland um 30 Mrd. Euro Jahr für Jahr für den gesellschaftliche Schaden, der durch das Rauchen und nochmals 30 Mrd. Euro Kosten, die durch den Alkoholkonsum entstehen. Jedes Jahr sterben in Deutschland 190 000 Menschen vorzeitig wegen Alkohol und Tabak. Das sind in einem Jahr mehr als nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945.
5. Die Gemeindeordnung Baden-Württembergs macht Gemeinderäte zu macht- und kraftlosen Marionetten der Verwaltung - im Gegensatz zur Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins zum Beispiel. Als Folge davon kandidieren nicht immer die Besten für dieses Amt.
6. Wenn Sie sich das Länderranking Korruption von Transparency International ansehen, stellen Sie fest, daß die protestantischen Länder am besten dastehen. Katholisch dominierte Länder stehen miserabel da. Orthodoxe, islamische und hinduistische noch schlechter. Da muß man sich über Baden-Württemberg und Bayern nicht wundern. Das gilt auch für S21.
7. Es wird argumentiert, wenn man dem Protest in Stuttgart nachgebe, seien in Deutschland Großprojekte nicht mehr durchsetzbar. Dafür, daß es so weit gekommen ist, sind aber nicht die Bürger, sondern die Politik verantwortlich. Ich will auch Fortschritt im Land; auch mit Großprojekten, sofern sie sinnvoll sind. Aber nicht auf Kosten der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Leute. Schließlich müssen die bis ins hohe Alter leistungs- und arbeitsfähig bleiben wegen der demographischen Entwicklung. Und trotz des rechtskräftigen Beschlusses, aus der Kernenergie auszusteigen, wird dieser jetzt - sehr zu meiner Freude - wieder aufgelöst. Geht doch!
8. Um den Weg für zukünftige Groß-, aber auch Kleinprojekte freizumachen, muß endlich ein wesentlich verschärftes Bundesimmissionsschutzrecht geschaffen werden. Die Gewährleistungsfristen müssen auf 30 Jahre verlängert werden. Fünf Jahre für Bauleistungen oder zwei Jahre für einen Mercedes sind doch ein Witz. Die schwedische EU-Präsidentschaft wollte 10 Jahre Gewährleistung für Produkte erreichen. Dann ist die Bundesregierung wieder vor "der Wirtschaft" eingeknickt. Dabei trägt das produzierende Gewerbe nur ein Drittel zum BSP bei.
9. Der Begriff "Stand der Medizin" muß neben dem bisher ausschließlich berücksichtigten "Stand der Technik" in die Gesetzgebung eingeführt werden. Die negativen, externen Kosten des Wirtschaftens müssen erfaßt und auf die Preise aufgeschlagen werden, um sie in einen Gesundheitsfonds überführen zu können. Dann müßten viele Arbeitgeber und ihre Mitarbeiter 30-50% weniger Krankenversicherungsbeiträge entrichten.
10. Für gesundheitsschonendes Wirtschaften hat die deutsche Industrie gute Lösungen erarbeitet. Man muß sie nur anwenden.

Für die meisten aktiven Politiker sind diese Ideen viel zu viel Neues auf einmal. Das verkraften die kognitiv gar nicht. Nur wenn man die Phänomene in der Synopse betrachtet, findet man die notwendige Orientierung. Mit freundlichen Grüßen

E. B. S.

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihr offener Brief vom 15.10. in der FAZ war hervorragend. Ich kann ihn nur unterschreiben und Ihnen meine Hochachtung aussprechen. Endlich mal jemand, der Dinge beim Namen nennt und nicht nebulös in den Raum stellt wie es das "Tal der Ahnungslosen" = Berlin täglich verbreitet. Mal hin mal hott. Machen Sie weiter so, solche Männer wie Sie sind heute mehr als je zuvor gefragt. Mit nochmals bestem Dank und freundlichen Grüßen

A.G. und F. R., Rottweil

Guten Morgen, Herr Fischer wir haben Ihre Anzeige in der FAZ entdeckt und mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Sie sprechen uns aus dem Herzen und wir bedanken uns bei Ihnen, dass Sie sich auf die Weise zu Wort gemeldet haben mit diesen persönlichen Worten und stichhaltigen Argumenten. Sie haben dazu auch einen großen finanziellen Einsatz gebracht. Ihre Anzeige als Privatmann sticht von allem, das derzeit kusiert heraus! Wir leben 100 Kilometer von Stuttgart entfernt, haben dort persönliche Kontakte und sehen es wie sie als ein Beispiel, bei dem der Bürger nun aufsteht und deutlich macht, so kann es nicht mehr weiter gehen. Bleiben Sie weiter so aufrecht und engagiert! Mit freundlichem Gruß aus Rottweil

W. R., Filderstadt

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihr offener Brief zu Stuttgart 21 gibt doch Anlass zu einer Reaktion. Zunächst sei anerkannt, dass Sie sich aus München zu diesem Thema auf Ihre Kosten mit einer ausführlichen Meinung äußern. Ihrer Vita habe ich entnommen, dass Sie aus dem früheren Sudetenland stammen, das auch für mich einmal die Heimat war (Jahrgang 1931). Ihr beruflicher Werdegang ist anerkennenswert. Ich kann das teilweise nachempfinden, da ich als Geschäftsführer eines amerikanischen Konzern für die deutsche Gesellschaft tätig war. Die Führung von mehr als 250 Mitarbeitern war für mich, solange ich die Verantwortung hatte, eine wichtige Aufgabe, der ich mich mit allen Kräften stellte. Dies erwähne ich nur, um Ihnen zu zeigen, dass ich nicht nur auf die Medien (mehr linkslastig) oder die Meinungen von fehlinformierten oder ideologisch verbohrten Politikern angewiesen bin. Zum eigentlichen Thema Ihrer Publikation: Um es kurz zu machen; ich teile Ihre Meinung nicht, da Deutschland mehr und mehr zu einem fortschrittsfeindlichen Land wird und die geistigen und wirtschaftlichen Eliten mehr und mehr ihre Fähigkeiten im Ausland suchen. Das Argument der Geldverschwendung müßte man schon sehr viel früher anführen! Ich habe die deutsche Bundesrepublik seit 1948 erlebt und bin seit Beginn der rot-grünen Aera insbesondere mit Multikulti und den ständigen Haßtiraden gegen alles Deutsche maßlos enttäuscht! Wir haben, auch Sie, nach dem Krieg das Land wieder aufgebaut und versucht, eine neue Zukunft für Deutschland zu finden. Ich gehöre keiner Partei an, besuche aber regelmäßig die Vorlesungen in der Universität Stuttgart mit den Themen Philosophie und Geschichte, damit ich nicht den albernen populistischen Verlautbarungen von Wichtigtuern zum Opfer falle. Damit ich Ihnen aber wenigstens nicht ganz widerlich bin, ein Vorschlag zur Güte: Wir befragen uns, denn wir sind das Volk, über alles was uns bewegt oder ärgert und schaffen auf diese Weise die Parlamente ab. Dann können wir endlich richtig Geld sparen!!! Als offenbar unbelehrbarer und unvernünftiger Zeitgenosse (aber ohne Parteiabzeichen!!!) bin ich mit freundlichen Grüßen auf den Fildern, wo der Flugplatz, dummerweise, bald eine ICE-Station haben wird.

M. K.

Sehr geehrter Herr Fischer, Sie werden wahrscheinlich sehr viele zustimmende, vielleicht auch manche ablehnenden Zuschriften auf Ihren Offenen Brief erhalten - deshalb fasse ich mich kurz. Ich finde es großartig, dass eine private Stimme der Vernunft hier gegen den öffentlichen Irrsinn spricht. Im letzten Focus werden wieder genau die gleichen Argumente pro S21 vorgetragen, die sie

einfach mit gesundem Menschenverstand widerlegen ("Schneller in die Region" - "Verbindung nach Europa" - "Stuttgart profitiert städtebaulich"). Der Protest kam spät, aber ich hoffe es ist noch nicht zu spät, den Wahnsinn zu stoppen. Mit freundlichen Grüßen

A.M.

Sehr geehrter Herr Fischer, zuerst herzlichen Dank für Ihr Engagement in o.e. Angelegenheit! Da ich seit Jahrzehnten aus geschäftlichen Gründen fast jede Woche (Ferienzeiten ausgenommen) die Strecke Augsburg-Stuttgart und zurück mit der Bahn zurücklege, muß man mir entsprechende Erfahrungen zubilligen. Diese lassen mich hoffen, daß die Vernunft dazu führt, diesen Wahnsinn zu unterbinden. Wenn durchschnittlich jede Stunde ein ICE die Strecke München-Stuttgart und zurück fährt, kann jeder Mensch rechtzeitig am Ziel sein, ohne daß es auch nur einen einzigen Euro kostet. Es beeinträchtigt lediglich die Bequemlichkeit, weil man eventuell etwas früher aufstehen muß. - Auf Ihre Frage möchte ich antworten, daß ich Sie gerne kennenlernen möchte. Mit freundlichen Grüßen

F. S.

Sehr geehrter Herr Fischer, warum finden diese vehementen Proteste erst jetzt statt und nicht bereits vor etlichen Jahren? Freundliche Grüße

Prof. Dr. G. L., Dresden

Sehr geehrter Herr Fischer, haben Sie vielen Dank für Ihre Anzeige in der FAZ vom Freitag zu "Stuttgart 21"! Ich denke, es ist wichtig, wenn sich zu diesem Thema auch unabhängige Persönlichkeiten von außerhalb Stuttgarts kompetent zu Wort melden. Mit freundlichen Grüßen

R. A. V., Rotterdam

‘Jeder Bürger, der akzeptiert, dass die unsichtbaren Europäischen Rate nicht die Prinzipien der Grundrechte von 1848 respektieren, organisiert sein eigenes Unglück’
Sehr geehrter Herr Fischer Herzliche dank für Ihren offenen Brief in die Frankfurter Allgemeine Zeitung 16. Oktober 2010. Sie haben recht: Stuttgart 21 geht uns alle an, nicht nur Deutschland aber ganz Europa. Sie schreiben, **Zitat:** ‚...denn Stuttgart 21 wurde ja lange Zeit von den überregionalen Zeitungen und dem Fernsehen ignoriert, neuerdings bis zum Überdruss abgehandelt‘. **Ende Zitat.** Diese Tatsache führt mir vor Augen, der EU Vertrag von Lissabon von 2007. Im diesem vertrag sind der Prinzipien der Grundrechte von 1848 geräuschlos verschwunden.[1] Zur Erinnerung, diese Grundrechte verdanken wir dem preußischen Proletariat. Auch Reporter ohne Grenzen, die sich beispiellos für Pressefreiheit einsetzen haben darüber noch nicht berichtet.[2] D.h., westliche Pressefreiheit bedeutet nichts anders als die Freiheit um zu schweigen. Freiheit um zu schweigen generiert halbe Wahrheiten. Halbe Wahrheiten sind gefährlicher als Lügen. (John Lukacs). In diesem Falle verweise ich Sie auch auf das Buch ‚Medien im Nationalsozialismus‘ von Bernd Heidenreich und Sonke Neitzel. **Zitat:** ‚Die Rolle der Medien im Dritten Reich hat noch immer zu wenig Beachtung gefunden...‘ **Ende Zitat.** Dies bestätigt die Tatsache, dass wir wenig von den Mechanismen der Medien dieser Zeit wissen, wodurch eine Wiederholung möglich ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die vergessene internationale Vereinbarung für Journalisten, den Code von Bordeaux. (1954)[3] Die Beseitigung der Grundrechte aus dem EU Vertrag von Lissabon von 2007 bedeutet, dass die freie Meinungsäußerung für die Mitglieder in den politischen Institutionen mit dem ‚Aspekt‘ von politischer Autorität nicht in allen Mitgliedsländern gleich ist. Um dies zu ändern, ist in meinen Augen eine Ratifizierung der Grundrechte von 1848 unbedingt notwendig. Ich wiederhole, Sie haben recht ‚Stuttgart 21 geht uns alle an‘. Inzwischen verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung als Ihr Diener für das allgemeine öffentliche Wohl*.

P.-D. M.

Sehr geehrter Herr Fischer, mir ist heute Ihre Zuschrift betr. S21 zugesandt worden. Unbeschadet u.U. verschiedener Meinungen und ohne daß ich Sie und mich mit weiterem Meinungsaustausch

inkommodieren will – liest und hört man ja derzeit genug davon – verlangen Ihre Ausführungen doch folgende Ergänzungen, soll das Tableau einigermaßen vollständig sein (und ich bitte Sie im voraus, nichts persönlich zu nehmen, ich würde sonst mißverstanden sein):

- Eine Kosten-Nutzenrechnung im Sinne einer buchhalterischen oder auch betriebswirtschaftlichen Auflistung hat es nachweislich weder beim Bau des Eiffelturms noch bei der Verlegung des Hauptbahnhofes Stuttgart anfangs der 20er Jahre (von der Bolzstraße rd. 400 m weiter östlich zum jetzigen Hauptbahnhof („Bonatzbau“)) gegeben. Das läßt sich bei derlei, weit in die Zukunft reichenden Vorhaben ehrlicherweise nicht machen, weil es unseriös wäre, den Zukunftsnutzen anders als zu wichten; zählen läßt er sich nicht.

- Wie Sie, bin ich der Meinung, daß allein die rein bahnbetrieblichen Gesichtspunkte S21 nicht begründen könnten. Frau Bundeskanzlerin hin oder her.

- Ihre Aussage zum Gewinn der mehr als 100 ha neuer Fläche anstelle der bisherigen oberirdischen Gleisanlagen können aber, mit Verlaub, nicht bestehen. Es sei Ihnen als Münchner Nachbarn nachgesehen.

- Wer, wie wir, über 13 Jahre in Stuttgart gelebt und gewohnt hat, weiß, wie diese Stadt durch die jetzigen, auf den Hauptbahnhof zuführenden immensen Gleisanlagen zerrissen und die Verbindung der nördlich und süd-östlichen Stadtteile ihretwegen nicht vorhanden bzw. erschwert ist. Ihre Vermutung, nur die Höhen- oder Halbhöhenlagen seien attraktiv für Wohnen sind ebenfalls nicht richtig. (Wie Sie als Münchner das Wohnen in der Ebene a priori so wenig reizvoll finden, erschließt sich mir im übrigen nicht. Sollte hier unterschwellig eine Sehnsucht nach Stuttgart bestehen?)

- Wir haben auf dem Killesberg gewohnt. Zugegeben eine bevorzugte Lage. Wir haben aber viele Bekannte, die sich freuen, z.B. in dem ebenen Bad Canstatt zu leben, einem Bereich, den sich schon die Römer zum Siedeln ausgesucht hatten. Und auch der ehemalige Herrscher König Wilhelm I hat ab 1824 „seinen“ Rosensteinpark mit seinem botanischen Garten genau in diese von Ihnen so gering geachtete Ebene gelegt. Und genau im Anschluß daran, dem größten englischen Landschaftspark Südwestdeutschlands, käme jetzt dieses o.g. neue 100 ha -Gebiet zu liegen. Dazuhin noch einige ha zusätzliche Parklandschaft als Erweiterung der jetzigen, rd. 6 km langen Parkanlage. Fürwahr auch fürs Wohnen eine höchst attraktive Lage, einige Schritte entfernt von den Heilquellen der Mineralbäder „Berg“ und „Leuze“. Kommt bald gleich dem Wohnen „Am Englischen Garten“ in München (3 und 2 km lang), ein Garten der leider durch den Isarring geteilt ist.

Die Planungen, Feststellungsverfahren mit m.W. rund 15 000 Einsprüchen, mit den entsprechenden rechtsstaatlichen, auch gerichtlichen Entscheiden, eine jedermann zugängliche, breit bekanntgemachte und bekannte große Ausstellung des S21-Vorhabens in der Bahnhofshalle des Hauptbahnhofes (habe ich selbst besucht), die parlamentarischen Diskussionen und Entscheide in Gemeinde, Land- und Bundesgremien haben sich über mehr als 15 Jahre hin erstreckt. Es ist also schlechthin nicht wahr, wenn jetzt gesagt wird, die Bevölkerung sei nicht informiert, sei nicht gehört und ihrer Rechte benommen gewesen.

- Auch ich bin der Meinung, daß man all das noch intensiver machen könnte in dem Sinne, daß man immer alles noch besser machen kann. Es wird wohl diese S21 auch ein Lernprozeß sein für künftige Vorhaben.

- Sollten Sie Unternehmer sein, wird Ihnen der Wert von Verträgen und der Wert eines Sich-auf-den-Vertragspartner-Verlassen-Könnens, eingeschlossen die Planungssicherheit, bewußt sein. Ihre Aussage, kein Vertrag sei unauflöslich, zeugt zwar von Pragmatismus, der im ersten Augenblick so berückend wirkt. Er spiegelt gleichzeitig aber genau das wider, um es etwas Schwarz-auf-Weiß auszudrücken, was Wirtschaft speziell unserer Zeiten, von staatlichem Handeln unterscheidet: Das weitgehend wertfreie Handeln mit Blick auf gerade den nächsten Schritt, geleitet vom nüchtern berechneten Kosten-Nutzenverhältnis gerade des spezifischen Geschäftes das das betreffende Unternehmen betreibt. Nicht links nicht rechts. Mir sind in meiner beruflichen Praxis Vorstellungen, wie Sie sie geäußert haben, wiederholt untergekommen. (So nach der Devise. Na ja, wir übernehmen bei diesem Fall die 860.000 Mark Schaden, den wir verursacht haben, Sie geben

uns dafür den nächsten Großauftrag.).

- Sehr geehrter Herr Fischer, nach meiner Lebenserfahrung ist die beiderseitige Vertragstreue – gleich ob im Privatleben oder im beruflich-geschäftlichen, nationalen und zwischenstaatlichen Bereich – die Basis menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Das „Pacta sunt servanda“ ist schlechthin die Grundlage jeder Gesellschaft.

- Das heißt nun nicht, daß in beiderseitigem Einvernehmen man sich von einem Vertrag nicht lösen können sollte. Mitnichten. Da sind wir einer Meinung. Nur handelt es sich ja im vorliegenden Fall nicht um den einen oder auch den anderen Bauauftrag. In den 15 Jahren und nach all den rechtsstaatlich beendeten Verfahren ist eine Vertrauensposition entstanden, an der sich zu Recht Hunderte in ihren zum Teil nicht mehr revisiblen z.B. beruflichen Dispositionen orientiert haben und es bedarf keiner großen Vorstellungskraft, daß hier unzählige weitere Vertragsverhältnisse im Raum stehen.

- Die ebenfalls nicht in dem Denken von Unternehmern so leicht unterzubringende, weit über das eine oder andere Geschäft hinausgehende Frage ist aber die, die auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts erst heute wieder gestellt hat: Wie kann man noch Vorhaben durchführen, wenn mit Ausschöpfen aller rechtsstaatlichen Instrumentarien rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen obsolet gestellt werden? Das müßte auch Unternehmen auf den Plan rufen

- Hier verfängt auch der Hinweis auf eine Volksbefragung nicht. Denn jeder nicht Blauäugige wird eingestehen, daß auch ein im Wege eines Volksentscheides getroffener Entscheid – bei dem Zustand unserer Gesellschaft – sich danach trotzdem immer wieder dem Widerstand der „Unterlegenen“ gegenüber sehen wird. Es ist zuzugeben, daß im einen oder anderen Fall nach einem Volksentscheid tatsächlich sich eine Befriedung und (wenngleich murrende) Akzeptanz zeigen kann. Aber die Weisheit von „Volkswillen“ ging schon den Vätern des Grundgesetzes aufgrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik und dem Dritten Reich nicht ein. Und die vielzitierte Schweiz mit ihren Volksreferenden: Zum einen läßt sich ein Staat mit einer Staatsbevölkerung, die gerade der eines mittleren deutschen Bundeslandes entspricht, nicht mit einem 82 Millionen-Einwohner-Staat vergleichen. Zum anderen ist die Beteiligung bei Schweizer Volksabstimmungen in der Vielzahl der Fälle unter 30 %. Und zum Dritten zeigt sich gerade am Entscheid über die Minarett-Verbote die abgrundtiefe Weisheit eines solchen Volksentscheides.

- Wie Sie, kann ich nicht beurteilen, ob die verschiedenen Voraussetzungen des Bauvorhabens mit hinlänglich befriedigendem Ergebnis untersucht worden sind, also z.B. die Frage des Untergrunds, der Mineralquellen udgl. (Allerdings sind im unmittelbaren Bahnhofsbereich schon vor rd. 20 Jahren bis zur Tiefe der zweiten Untergeschoßebene die Gleis- und Stationsanlagen für die U-Bahn und S-Bahn, aus den 4 Himmelsrichtungen sich hier treffend, gebaut worden. Von Negativerfahrungen ist mir nichts bekannt.)

- Daß diesbezüglich das Menschen-Mögliche an Erkenntnissen ergründet worden sein muß oder ggfs. noch müßte, bevor man mit Bauen beginnt, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Herr Frei Otto hat selbst jahrelang bei dem Projekt mitgearbeitet. Es verwundert, daß er damals m.W. nicht, jetzt aber schon, Gefahren lautstark geltend macht.

Wir sind uns einig: Die Lage ist verfahren. Mir scheint es wünschenswert, daß die, die sich jetzt zusammen an den Geißler'schen Tisch gesetzt haben, die Fakten gemeinsam durchgehen. Sind diese in Ordnung und tragfähig, müßte die Kraft des Faktischen (um Kant abzuwandeln) zu einem (wenngleich vielleicht murrenden) Konsens führen. Daß die sog. Parkschützer unter ihrem Anführer v. Herrmann sich Fakten schon gar nicht anhören wollen, sondern statt dessen, den Südflügel des Bahnhofes schon mal gleich besetzen, spricht für sich.

Wie sagt doch einer Ihrer berühmtesten Mitbürger (dessen elegantes Spiel für mich immer noch zu den luzidesten Erinnerungen gehört): Schauen' mer mal. Mit freundlichen Grüßen

E. H.

Sehr geehrter Herr Fischer, ich habe Ihre Anzeige wider den Unsinn von 'Stuttgart 21' gelesen. Ich habe schon 1991 dazu einen kritischen Vortrag bei den Horber Schienentagen gehalten, der im

'Eisenbahn-Kurier 2/1992' veröffentlicht wurde; 'Der Spiegel 37/2010' hat daraus zitiert. Nachstehend noch eine Einlassung von mir vom heutigen Tage. Ich grüße Sie

H.K.

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großem Interesse habe ich Ihren in der FAZ veröffentlichten Brief gelesen. Bei einem so heiß diskutierten Thema gibt es auf der Seite der Gegner auch immer diejenigen, die prinzipiell dagegen sind. Da Sie aber eine Vielzahl an handfesten und wohl wenig diskutierbaren Fakten zusammen getragen haben, finde ich Ihren Brief besonders bemerkenswert. M. E. liegt der öffentliche Ärger auch daran, dass es völlig unrealistisch ist, bei einem Projekt, das sich über mehrere Jahrzehnte hinzieht, nur annähernd die Kostenschätzung einzuhalten. Die Angst, dass die Gesamtkosten sich eher im zweistelligen Milliardenbereich bewegen werden, ist somit absolut berechtigt. Wie bei anderen Großprojekten gesehen, liegt es jedoch nicht an der Unfähigkeit der internationalen Baukonzerne sondern an der politisch gewollten Durchsetzung. Und Ihre Feststellung, dass all' das Geld schlichtweg nicht vorhanden ist, findet in der öffentlichen Diskussion erstaunlich wenig Wahrnehmung. Ich unterstütze Sie im Kampf gegen Stuttgart 21 und finde Ihr politisch, gesellschaftliches Engagement klasse! Viele Grüße

J.K.

Sehr geehrter Herr Fischer, zunächst vielen Dank für Ihre ausführliche und informative Anzeige in der FAZ, die ich mit Gewinn gelesen habe. - Ihre Stifung und ihren Zweck finde ich großartig, gründen sie doch auf Erfahrungen, die ich nach vielen Jahren in der Welt und in der Politik in gleicher Weise gemacht habe. In der Tat ist der Sieger der Systeme, der Kapitalismus, in dieser Form mehr als überholbedürftig. Als Zweiundsiebzigjähriger fühlt man sich allerdings manchmal zu alt, um das System zu ändern oder? Mit sehr freundlichen Grüßen

Dr. J.I., Tübingen

Sehr geehrter Herr Fischer, ich danke Ihnen für Ihren offenen Brief zu "Stuttgart 21", dessen Inhalt ich in vollem Umfang zustimme.

Ich selbst versuchte mir in Leserbriefen (erfolgreich im "Schwäbischen Tagblatt", erfolglos in der FAZ) und an Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Merkel, Herrn Bahnchef Grube, Herrn Dr. Geißler und Frau Ministerin Gönner Gehör zu verschaffen.

Der Leserbrief hat zum Inhalt:

Die pro Stuttgart 21 Druckschrift „Ideen umsetzen“ schreibt „...neue Bestzeiten...zeigt die Verbindung Stuttgart - Paris eindrucksvoll...täglich fast restlos ausgebucht.“ Unerwähnt sind die Kopfbahnhöfe an beiden Enden, die den Zeitgewinn in keiner Weise beeinträchtigen. Trotz dieser Erkenntnis verabschiedet sich Stuttgart aus der Liga großer Städte, die ihren Bürgern den Luxus dieser ebenerdigen, lichtdurchfluteten und geräumigen Bahnhöfe gönnen: Paris, Rom, Mailand, Venedig, Florenz, München, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, Zürich und viele mehr. Stuttgart 21 degradiert den Bahnhof zu einem unterirdischen, aufgrund des Gefälles von 1,5 % problematischen Haltepunkt, vergleichbar zum S-Bahnhof Feuersee, Zitat aus obiger Schrift.

Man spürt die Absicht und ist verstimmt, wenn die Arbeiten an der 130 km langen Baustelle zwischen Stuttgart und Ulm mit der Demolierung eines funktionierenden Baudenkmals und dem Abholzen des Parks beginnen. Im Vordergrund steht offenbar der Gewinn aus Grundstücksverkäufen, der mit „Jahrhundertprojekt“, „Europäische Dimension“, „Innovation“ und „Zukunftsfähigkeit“ umschrieben wird.

Es kann nicht sein, dass ein Projekt dieser Größenordnung ohne offen diskutierten Plan B mit Erhalt des Kopfbahnhofs zur Ausführung kommt.

Inhalt der Schreiben an Frau Bundeskanzlerin und den Herrn Bahnchef::

Ein Kompromiss wäre "SK 21": oben ein um z. B. 4 Gleise abgespeckter Kopfbahnhof für den Regional-Verkehr, im Untergrund der für S21 vorgesehene, aber auf 4 Gleise verkleinerte Bahnhof für den schnellen Fernverkehr- ähnlich dem Bahnprojekt in Leipzig. Den Tunnel-Planern fielen

Steine vom Herzen, denn Bahnsteige und Tunnel könnten vergrößert werden und der Zentrums nahe "Ringtunnel" mit seinen Risiken würde ganz überflüssig. Über den verbleibenden Gleisen errichtete Brücken und Gebäude brächten Park- und Raum Erweiterung im S21 Format, Demos zum Lob der Regierung wären an der Tagesordnung!

Inhalt der Schreiben an Herrn Dr. Geißler, Frau Gönner:

In Stuttgart ist es guter Brauch, liebgewonnene Verkehrsmittel wie die Zahnradbahn nach Degerloch oder die Standseilbahn zum Waldfriedhof auch jenseits höchster Wirtschaftlichkeit in Betrieb zu halten. In Fortschreibung dieser Tradition könnten über S21 ein oder zwei beliebte Regionalbahnlinien (evtl. die Gäubahn?) in einem kleinen, aber fein renovierten Teil des Kopfbahnhofs ankommen. Gäbe es dazu, wie auf der Zahnradbahn, eine großzügige Möglichkeit zur Fahrradmitnahme, dann wäre der Erfolg dieses Modells sicher.

Sie sehen, Ihre Meinung teilen viele, des eigenen Denkens nicht entwöhnte Bürgerinnen und Bürger, denen das Wohl unseres Landes und der Stadt Stuttgart am Herzen liegt. Mit freundlichen Grüßen

H.O., Stuttgart

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großem Interesse habe ich heute Ihren offenen Brief in der Frankfurter Allg. Zeitung gelesen und möchte Ihnen vorab einen aktuellen Presseartikel der Stuttgarter Zeitung von heute zum Polizeieinsatz am 30.9.2010 im Schloßgarten von Stuttgart zur Kenntnis übersenden.

Mein Name ist H. Ol., 55 Jahre, lebe in Stuttgart und verfolge seit 1994 die Pläne um den geplanten Neubau des Hauptbahnhofes sowie die weiterführenden Strecken nach Ulm.

Sie haben in Ihrem Brief konzentriert auf die wesentlichen Fakten dieses sogenannten "Jahrhundertprojektes" hingewiesen und mir aus der Seele gesprochen, da ich mich selbst mit eigenen Stellungnahmen z. B. mit dem Vertreter der Bürgerschaft, Herrn Sittler, per e-mail in Verbindung gesetzt hatte um nachhaltig gegen diese "größenwahnsinnige Tunnelorgie" über bebautem Gebiet" zu äußern.

Ich werde Ihnen mit separatem e-mail noch einige meiner aktuellen Vorstellungen und Eindrücke mitteilen. Mfg

O. E.

Sehr geehrter Herr Fischer, Ich bin der Meinung, Leute wie Sie geht Stuttgart 21 einen Dreck an: Außerdem es handelt sich bei S21 nicht um eine Sache von Stuttgart, sondern von europäischer Tragweite. Wahrscheinlich sind Sie ein alter Mann, (ich selber bin 69) haben keine Nachkommen, an deren Zukunft Sie denken, oder sonst ein roter oder grüner Bremser. Wenn unsere Vorfahren gedacht hätten, wie Sie, könnten Sie heute weder Auto, noch Zug fahren und gleich gar nicht fliegen. Wenn Sie Leser der FAZ sind, sollten Sie mal den Artikel (FAZ 14.10.10, Seite 29) von Michael Klett, dessen Familie seit mehr als 200 Jahre in Stuttgart ist, und der auch schon 72 ist, sich zu Gemüte führen. Vielleicht denken Sie dann ein bisschen fortschrittlicher.

Ihr Artikel müsste eigentlich den letzten Bremser in Baden-Württemberg zu einem Pro-S21 machen denn: Sie haben die Arroganz, den Stuttgarter Flughafen als „einen eher unbedeutenden Regional-Airport“ zu bezeichnen.

Mit freundlichen Grüßen

J.H., Meersburg

G.S., Villingen-Schwenningen

Sehr geehrter Herr Fischer! Für Ihren Offenen Brief zu Stuttgart 21 bedanke ich mich und erlaube mir, hierzu nachstehend eine Alternative zu skizzieren. Sofern man parallel und in gleicher Höhe südöstlich zur bereits vorhandenen unterirdischen S-Bahn-Haltestelle Stuttgart Hbf für den ICE/TGV-Verkehr der Relation Mannheim/Karlsruhe - München ähnlich wie in Göttingen oder

Kassel-Wilhelmshöhe einen viergleisigen Fernbahnhof mit zwei Inselbahnsteigen bauen und den gesamten übrigen Stuttgart berührenden Eisenbahnverkehr in einem redimensionierten oberirdischen Bahnhof belassen würde, wäre beiden Teilen gedient, dies mit einem einzigen Nachteil: Das mit dem Projekt Stuttgart 21 untrennbar verknüpfte gewaltige Immobiliengeschäft ließe sich dann nicht verwirklichen. Hierzu verweise ich auf einen von Herrn Joachim Heiser unter dem Titel "Wie in Sizilien" im Südkurier Nr. 229 vom 04.10.2010 veröffentlichten Leserbrief. Nachdem derselbe in der Internet-Ausgabe dieser Zeitung nicht abrufbar ist, gebe ich diesen nachstehend im Wortlaut wieder, wobei lediglich Rechtschreibfehler korrigiert sind: Wie in Sizilien - Zum Bahnprojekt Stuttgart 21 Ich bin im Rentenalter und engagiere mich gegen S21. Den ersten emotionalen Anstoß gab bei mir der Denkmalschutz und der achtlose Umgang mit unserem kulturellen und geschichtlichen Erbe. Zum Schritt in den Widerstand entschloss ich mich aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft, weil mir als Architekt die Idee, bis zu 19 Milliarden Euro in der Erde zu vergraben, um einen schlechteren Bahnhof zu erhalten als den bestehenden, absurd erscheint. Vom simplen Widerstand zum engagierten Widerstand kam ich aber erst, als ich die mafiöse Verstrickung von Politik und Immobilienspekulation in Stuttgart bemerkte. Man muss sich dazu nur die ECE-Stiftung anschauen, mit 500 Millionen Euro Hauptspekulant auf dem S21-Gelände. In deren Gremien sitzen sie schamlos: von Schuster über Gönner bis hin zur Lebensgefährtin Öttingers. So was gäbe es in dieser Form nicht mal in Sizilien. Und da ist ein Punkt erreicht, wo Widerstand allein schon aus Gründen der politischen Hygiene Pflicht ist. Mit freundlichen Grüßen

F.T., Reichenau

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihr Brief hat mich sehr beeindruckt, denn Sie fassen in Worte, was ich die ganze Zeit fühle und nicht beschreiben konnte. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Mut diese Dinge öffentlich anzusprechen.

Ich verzweifle als Selbständiger an meiner Partei (der FDP), den ich habe den Eindruck, die Vernunft hat die Politik und die Politiker nicht nur bei Stuttgart 21 verlassen.

Meine Familie wurde 1976 aus Siebenbürgen freigekauft und wir hegten die Hoffnung in einem demokratischen Staat zu leben und diesen auch mitzugestalten.

In Realität ist Deutschland nach 65 Jahren Frieden keine Demokratie, sondern eine ausufernde Bürokratie und die empfindet den Bürger nunmal als störend und bedrohlich, weshalb man die Bürger mit entsprechenden Gesetzesfluten oder der Polizei, im Zaum halten muss.

Denn der Bürger weiss ja nicht was gut für Ihn ist. Im Kommunismus wusste das übrigens auch nur die Partei!

Auch mir bleibt nur die Hoffnung dass die Vernunft siegt. Mit besten Grüßen

H.O., Stuttgart

Sehr geehrter Herr Fischer, zunächst noch einmal vielen Dank für Ihre couragierte Stellungnahme zu S 21, die sicher nicht nur mir als interessiertem und engagierten Bürger, sondern sicher auch vielen anderen dieser Stadt aus der Seele spricht. Seit dem Sommer vergeht kein Tag, ohne daß ich mich "mit unserem Thema" in den Medien oder direkt vor Ort in Gesprächen oder bei Kundgebungen auseinandersetze. Wie ich Ihrem offenen Brief entnehme sind Sie, obwohl in München ansässig, sehr gut und in vielen Detail über die Vorgänge in Stuttgart informiert. Ich möchte Ihnen heute aus meiner Sicht die Entwicklung und laufenden Vorgänge um Stuttgart 21 / K 21 schildern um Ihnen damit zusätzliche Informationen zu geben, wieso dieses Bahnprojekt in die Eskalationsphase geraten ist.

10 Jahre lang hatte die Deutsche Bahn AG unter den damaligen Verkehrsministern Wissmann und Tiefensee das Projekt S 21 für undurchführbar, unwirtschaftlich bzw. aus Etatgründen nicht für machbar definiert. Die baden-württ. Landesregierung unter Teuffel, Oettinger bzw. den Oberbürgermeistern Rommel und Schuster konnte jedoch nicht lockerlassen - man wollte sein Jahrhundertprojekt -denkmalsähnlich- durchsetzen, denn vor der Finanzkrise ließen die Budgets noch einen gewissen Gestaltungsspielraum zu. Baden-Württ. und Stuttgart waren also bereit

gewisse "Vorfinanzierungen zu stemmen. Nach dem Motto "mit Geld bekommen wir was wir wollen". Die Bahn erkannte natürlich sehr schnell " die Württemberger " wollen unbedingt - koste es was es wolle. Es ging auch darum: " endlich der verletzten Persönlichkeit endlich was gutes zu , Fakt war : Baden - Württ. wurde 10 Jahre lang während der Integration der neuen Bundesländer mit den geringsten Bundeszuschüssen für das Bahnnetz im Verhältnis zu sein Kilometern abgespeist. Es war also Zeit sagen zu können - jetzt wird die Welt auf uns aufmerksam - wir bauen den schönsten und teuersten Bahnhof in Europa.

Von 2001 an kaufte Stuttgart der der Bahn Grundstücke im Gleisvorfeld für 460 Mio ab, weitere 250 Mio kamen von der Stadt, dem Flughafen Stuttgart - alles zinslos (selbst auf 5,5 % für die 1. Tranche wurde 10 Jahre lang großzügig z. G. der Bahn verzichtet. - die Bahn weist heute in ihrem Geschäftsbericht dafür erwirtschaftete Renditen von 2-18 % aus.

Der Regionalverkehrsverbund steuert nochmals ca. 250 Mio als Vorleistung für die nächsten 10 Jahre bei..... Sie verstehen..... Subventionen, Subventionen..... lieber Bahnvorstand, sagen Sie endlich es wird sich rechnen.

Der Tunnelblick für dieses Projekt S 21 wird immer gigantischer - endlich 2006 stimmt die Bahn zu - alles in allem ca. 1,5 Mrd € , etwa 1/3 der damals geplanten Kosten hatte man ja bereits in der Tasche. Schuster und Co. unterschreiben jetzt 2007 schnell ein paar Verträge, das Bürgerbegehren mit 60.000 Unterschriften wird aus formaljuristischen Gründen abgelehnt.

So lief der parlamentarisch legitime Prozess für dieses Projekt ab - die Welt kann jetzt verstehen - wieso der nachhaltige Protest von 100.000 Bürgern pro Woche zustande kommt.

und noch eine wichtige Information zur Gesamtmengenlage:

Die Verantwortlich am Landesbank-Desaster Baden-Württ mit 5-7 Mrd Verlusten sind in der Tat die gleichen , die heute Stuttgart 21 durchpeitschen wollen.

Eins ist jedoch schon heute zu spüren- Mappus, Rech und Schuster fühlen sich nicht mehr wohl in Ihrer Haut - gefangen in ihren halsbrecherischen Verträgen, im Würgegriff der dunklen Tunnelgeschäfte. Herr Mappus bittet und fleht um Respekt ggü. seiner Person, Herr Schuster ist seit Monaten beim Großteil der Bevölkerung in Stuttgart ohne Kompetenz und Zukunft. Sein Zeit läuft Ende 2012 ohnehin ab.

Die Wahl im März 2001 wird eine politische Neuordnung ermöglichen. Doch bis dahin müssen wir in der Sache kämpfen und die Bürger sich solidarisieren. Hier gilt es insbesondere die noch nicht engagierten Bürger zu gewinnen.

ich stimme Ihnen , sehr geehrter Herr Fischer, voll und ganz zu, wenn Sie dazu aufrufen sich auf die Seite der Vernunft und für eine zukunftsorientierte ökonomisch sinnvolle Position zu beziehen. Danke für Ihre Solidarität mit den Bürgern die in freiheitlich- demokratischer Art und Weise sowie mit Viel Kreativität und Sachverstand für einen vernünftigen sanierten Stuttgarter Bahnhof eintreten. Mit freundlichem Gruß

Drs. H. und H. H., Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Fischer,

Ihren Argumenten gegen Stuttgart 21 können wir voll zustimmen. Als Bahnkunden ist noch einiges hinzuzufügen. Als Folge, die Bahn an die Börse bringen zu wollen, wurde die Wartung der Züge und die Verbesserung der Gleisanlagen jahrelang vernachlässigt. Achsschäden an ICE-Zügen, defekte Klimaanlage und ausfallende Toiletten in ICE-Zügen sind die Folge. Die Bahnhöfe an Nebenstrecken sind in einem trostlosen Zustand. Vermutlich wegen zu wenig Reinigungspersonal oder zu wenig intakter ICE-Züge steigt man schon am Startbahnhof in nicht gereinigte Züge. Die Strecke Stuttgart Richtung Zürich über Rottweil ist zum Teil eingleisig. Was nützt eine Zeitersparnis auf der Strecke Mannheim - München, wenn man in Mannheim beinahe regelmäßig wegen Verspätungen der Züge aus Mainz den Anschluss verpasst? Das Geld, das für das Mammutprojekt Stuttgart 21 verpulvert wird, wird fehlen, um ein ähnlich gutes Bahnsystem in Deutschland zu erreichen, wie es in der Schweiz besteht. Die Behauptung der Befürworter, die Verhinderung von Stuttgart 21 führe dazu, dass man in Zukunft kein Großprojekt mehr verwirklichen kann, ist eines der unsinnigsten Argumente. Denn die Verwirklichung von

Großprojekten ist kein Wert an sich. Es kommt darauf an, ob sie sinnvoll sind.
Mit freundlichen Grüßen

G.K.

Sehr geehrter Herr Fischer, Merkmal eines "Briefes" sind für mich Anrede und Grußformel.

Ihre Anzeige habe ich zweimal gelesen. Meine Meinung dazu:

1. "Stuttgart 21" geht zuerst die Bewohner der Stadt und der Umgebung an. Eine überregionale Anzeige dürfte andere Ziele verfolgen.
 2. Volksabstimmung? Für Stuttgart und Umgebung oder für das ganze Land?
 3. Nur ein Rechtsstaat garantiert Bürgerrechte!
 4. In der Kürze liegt die Würze. Unterschiedliche Bahnpreise werden bleiben.
 5. "Malicio". Soll das Bildung ausweisen?
 6. Nach dem Lesen Ihrer Internet- Seite verstoße ich gegen meinen Grundsatz, nicht ungefragt Ratschläge zu erteilen. "Schuster bleib' bei Deinen Leisten"
- Zum Schluss: Ich bin 88 Jahre alt. Mit freundlichen Grüßen

Dr. F.B.

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihr Engagement ehrt Sie. Es macht jedoch nachdenklich, mit welchen Argumenten Sie darlegen, " fürdie Seite der Vernunft einzutreten".Sie sprechen von einem Mammutprojekt mit unüberschaubaren technischenRisiken.Soeben wird ein Tunnelprojekt mit einer Länge von 56 km- mit einemAufwand von 30 Mrd Sfr durchgeführt. Und so meine ich, ohne auf Detailseinzugehen, dass diese Ihre Unterstellung nicht sachlich begründet ist, wennSie nur Entwicklungen der Raumfahrt Internet usw. betrachten. Es kommthinzu, dass das Projekt Stuttgart technisch geprüft, durchParlamentsbeschlüsse legitimiert ist, und Einwendungen in mehrerenGerichtsverfahren überprüft sind mit der Folge, dass der Bauherr einerechtskräftige Baugenehmigung hat.Sie unterstellen ein "verfassungsmäßig garantiertes Bürgerrecht", dass es indieser Form allerdings nicht gibt und es gibt daher keinen Vorrang vor demRechtsstaat, wie Sie ebenfalls unterstellen.Der Rechtsstaat allerdings ist in den Landesverfassungen und dem Grundgesetzgarantiert.Rechtskräftige Urteile , auch obergerichtliche, und die rechtskräftigeBaugenehmigung können durch ein durchgeführtes Volksbegehren nicht mehrbeseitigt werden. Das mag man bedauern.Es muß auch nachdenklich machen, wenn Richter des Bundesverfassungsgerichtsvor einer " Unregierbarkeit" des Staates warnen.Deshalb mein Appell an Sie : Befassen Sie sich einmal mit den Hintermännerndieser Bürgerbewegung.
Mit freundlichen Grüßen

Dr. B. S.

Hallo Herr Fischer,Ihren offenen Brief habe ich mit grossem Interesse gelesen und das Problem endlich verstanden.Bitte senden Sie mir diesen Artikel per mailVielen Dank.

A.G., Berlin

Sehr geehrter Herr Fischer,

mit Interesse habe ich Ihre heutige Anzeige in der FAZ gelesen. Ich habe von 2004-2006 in Stuttgart gelebt und bereits damals waren die Pläne bekannt. So weiss ich, dass ich im Bahnhof die Ausstellung zu Stuttgart 21 gesehen habe.

Ich bin erfreut, dass es zahlreiche dGegner von S21 gibt, die aufstehen und protestieren, zumal ich bereits damals kein Befürworter war. Nur stellt sich mir eine Frage, die ich nirgends befriedigend beantwortet finde, auch nicht von meinem Stuuarter Bekanntenkreis: Wieso erst jetzt der Protest? Wieso nicht schon früher? Sondern erst so viel später, nachdem das Projekt doch schon recht lange bekannt ist? Haben Sie eine Erklärung dafür?

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin nach München, ebenfalls eine ehemalige vorübergehende Heimat von mir,

H.F.

Sehr geehrter Herr Fischer, mit Freude und Genugtuung habe ich Ihre Meinung und die Fakten gelesen, welche das Stuttgarter Bahnprojekt "Stuttgart 21" ad absurdum führen. Ist es nicht schlimm, dass in Deutschland über eine Anzeige in der FAZ auf Fakten zu einer wichtigen Problemstellung hingewiesen werden muss, weil die politisch Verantwortlichen mauern?

Repräsentative Demokratie hat den Souverän zu repräsentieren. Und wenn ein Grossteil des Souveräns zu einer neuen, besser begründeten Auffassung kommt, haben das die gewählten Vertreter zu respektieren, sonst werden sie zu "gewählten Volkstyranen".

Statt von gewählten Volksvertretern sachgerecht und demokratisch regiert zu werden, machen "gewählten Volkstyranen" was sie wollen mit dem Bürger, mit der Bevölkerung als dem Staatsvolk und so mit dem eigentlichen Souverän. Der Rechtsstaat wird als Knüppel zur Unterdrückung gegnerischer Meinungen missbraucht. Und selbst wenn seinerzeit bei ihrer Erstellung alle falschen Berechnungen zu diesem unseligen Projekt zutreffend gewesen wären, aber jetzt (Finanzkrise) sich herausstellt, dass sie nicht haltbar sind, hat der Souverän das Recht, seinen gewählten Vertretern in den Arm zu fallen. Die Verwaltungen waren und sind in unserem Land immer zu selbstherrlich, trotz einiger weniger marginaler Verbesserungen in letzter Zeit. Die nicht vorhandene Flexibilität und der Mangel an Sensibilität von Politikern und bei der Verwaltung muss durch den Souverän korrigiert werden können.

Sehr geehrter Herr Fischer, dies bedeutet nicht, einem imperativen Mandat das Wort zu reden sondern es bedeutet, an das Gewissen und die Vernunft der Mandatsträger zu appellieren. Und sofern Appelle nicht weiterführen, muss Widerstand geleistet werden. Ziel ist die Durchsetzung des Willens der Mehrheit (volonté generale). Regieren gegen die Menschen ist selten gut gegangen, hatte aber meistens schlimme Folgen - für die so regierten Unterdrückten und für die so unterdrückenden Machthaber. Der Machtwille und der Machtdünkel der Regierenden ist dabei zu brechen. Beispiele gibt es genug dafür - von der französischen Revolution angefangen bis zur westlich orientierten US-abhängigen Regierung des ehemaligen Südvietnams (weiter in die Vergangenheit oder näher an die Gegenwart gehe ich mit Bedacht nicht).

Eine Besserung unserer oft unerträglich schlecht funktionierenden Demokratie ist nur zu erreichen, wenn wir die demokratische Legitimierung der tyrannisch gewordenen "Volksvertreter" minimieren, damit sie von ihrem hohen Ross der Machtverwaltung und der Machtausnutzung herunter steigen müssen. Das kann geschehen durch Wahlverweigerung / Stimmenthaltung bis hin zu einer ganz geringen Wahlbeteiligung, welche das Stereotyp "Demokratie in Deutschland" so unglaubwürdig macht, dass eine Verbesserung unserer Regierungsverhältnisse unausweichlich wird. So kann es zu einer Evolution hin zur direkten wirklichen Demokratie kommen, ähnlich wie in der Schweiz. Das ist notwendig, um die sachfremde und menschenfeindliche Hybris der "gewählten Volkstyranen" zu überwinden. Im Zeitalter der Grossrechner und des PC ist die Durchführung umfassender und umfangreicher Volksbefragungen kein organisatorisches Problem mehr, wie die "gewählten Volkstyranen" es gerne behaupten. Sie wollen damit einfach Macht und Einfluss betonieren.

Churchill's Wort, es gibt keine gute Regierungsform, die Demokratie ist lediglich die am wenigsten schlechte, muss ergänzt werden: Unter den Formen der Demokratie gibt es solche, die mehr schlecht sind und solche, die weniger schlecht sind. Die repräsentative Demokratie ist die schlechteste aller Demokratieformen, weil sie den Einfluss des Souveräns dem Willen der gewählten "demokratischen Volksvertreter" unterwirft. Diese werden so zu "gewählten Volkstyranen", s.o.

Dazu kommt, dass Wahlkampfplügen und Stimmenlügner offensichtlich und ungeniert die Wähler und die Wahlen manipulieren. In einer direkten Demokratie kann direkt dagegen angegangen werden, bei uns nicht. Bei uns kommen zu oft jene an die Macht, die am meisten lügen. Diese verteilen danach in ihren Funktionen sehr sehr grosse finanzielle Mittel (aus Steuern, also aus Geld, das dem Souverän gehört), zu wessen besten wohl? Bestimmt nicht zum Wohl des Volkes! Die Medien versagen als Kontrollorgan; sie sind Teil der Machtkartelle.

Die mit Politikern aller Schattierungen und mit Funktionären / Lobbyisten der einflussreichsten Verbände und der Kirchen besetzten Rundfunkräte und Medien-Steuerungs-gremien sind zu Erfüllungsgehilfen der Politik geworden. Dabei werden solche Mitmenschen, welche frei eine unliebsame Meinung äussern, oft erst verleumdet und dann politisch und wirtschaftlich vernichtet. Dazu nur 3 Beispiele: Martin Hohmann, Eva Hermann, und Thilo Sarrazin, der das gerade noch vermeiden konnte, weil seine Erkenntnisse zur Entwicklung Deutschlands von der weit überwiegenden Mehrzahl der Wähler – des Souveräns - geteilt wird. Verleumdung und Vernichtung hat bei ihm nicht gegriffen, auch weil er durch das Alterssicherungssystem der "gewählten Volkstyrannen" -zu denen er gehörte- luxuriös und komfortabel abgesichert ist.

Übrigens: in der Schweiz stimmen die Wähler über die Höhe der Diäten ihrer Volksvertreter ab. Zuvor wird Rechnung gelegt, mit Neiddiskussion hat das nichts zu tun. Jene, welche viel haben und noch mehr wollen, verteufeln andere gerne als Neidhammel. Das Ziel ist leicht erkennbar: Diffamierung. Selbstbedienung wie bei uns in den Parlamenten gibt es in der Schweiz nicht.

Ihre Internationale Stiftung, sehr geehrter Herr Fischer, leistet Beiträge zur Verschönerung und Verbesserung des Lebens der Menschen. Ist eine Verbesserung der demokratischen Verhältnisse nicht ganz im Sinne Ihrer Stiftung? Mit bestem Dank für Ihre Aufmerksamkeit und mit freundlichen Grüßen

H.D. G., Stolzenau

Sehr geehrter Herr Fischer, zunächst Glückwunsch zu dieser Verve!

Anmerkung: Für "**uns Politiker**", **so sprechen die, sich selbst abgehoben so meinen**, als seien sie eine Spezie sui generis, ist die versammelte Gattung "die Leute" oder "die Menschen" (da draußen im Lande) eine stets waidgerechte Sache.

Diese Politiker haben nicht einmal den Dahrendorf gelesen, der die Entwicklung des Bürgertums so wunderbar beschrieben hat, leider meinte er aber wohl nur das 19. Jahrhundert.

Also, verweigern wir endlich denen die Mikrophone, die uns nicht als **Bürger** ansprechen (können). Mit bestem Gruß

R.C., Mainz

Sehr geehrter Herr Fischer, Danke für Ihre sehr gute Information. Ich bin selbstständig im Garten und Landschaftsbau tätig und habe berufsbedingt im Rheingau jede Woche zu tun.

Wenn Sie sich das ansehen, pardon anhören, was hier im schönen Rheintal an Krach durch Güterzüge abgeht, dann macht man sich doch seine Gedanken, über die Verkehrspolitik.

Um den Lärm zu kaschieren durchziehen immer mehr gewaltige Schallschutzzäune die alten Weindörfer.

Ich frage mich: wäre es nicht sehr viel sinnvoller in eigene Trassen für den Güterverkehr zu investieren, natürlich auch mit Großprojekten?

Auch die Berichterstattung ist befremdend. Tenor: "Die Grünen, die SPD kochen ihr Süsschen."

Oder: Was verstehen denn die braven (verführten) Bürger von "moderner" Verkehrspolitik?

Man fällt auf "Chaoten" rein usw.

Also nochmals Dank Und falls Sie Unterstützung brauchen, sei es für eine weitere Anzeige, oder für diese, ich stehe mit meinem Namen und finanzieller Beteiligung an Ihrer Seite.

(Bitte Kontonummer angeben) Mit freundlichen Grüßen

R.R., Paris

Ihre Meinung verdammt Stuttgart für alle Ewigkeit zur Provinzialität.

Mit einem Zeitgewinn von 4 Minuten pro Fahrgast (der kleinste Pariser Bahnhof -Austerlitz) hat nach Umbau ein Fahrgastaufkommen von 44 Millionen pro Jahr) kann man eine ganze Stadt bauen.

G. A., Ingelheim

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihre Anzeige in der FAZ am 15.10.2010 habe ich mit Interesse gelesen.

Ich kann Sie dazu nur beglückwünschen. Es ist schon sehr traurig, dass die heutigen Entscheidungsträger nicht die Stärke haben, einmal getroffene Entscheidungen noch einmal zu überdenken. Herzliche Grüße aus Ingelheim

H.G., Talheim

Sehr geehrter Herr Fischer, wenn ich mir Ihr Bild in der Homepage Ihres oben erwähnten Briefes betrachte, könnten wir annähernd Altergenossen sein. Dies scheint mir auch die einzige Gemeinsamkeit zu sein. Was Sie zu unserem Wirtschaftssystem von sich geben, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ganz offensichtlich waren Sie in Ihrem Beruf tüchtig und erfolgreich. Dass Sie Mitarbeiter und Andere an Ihrem Erfolg teilhaben ließen ist loblich und aus Ihrer Sicht auch vernünftig. Dies alles dürfte Sie nicht dazu verleiten die bei uns geltenden, ganz sicher nicht perfekten Regeln in Frage zu stellen. Sie haben ganz sicher auch ein eigenartiges Rechtsverständnis, wenn Sie, wie geschehen,

Stuttgart 21 ablehnen und zum Widerstand gegen dieses durch alle demokratisch legitimierte Instanzen gegangene und genehmigte Projekt aufrufen. Mehr als 2 Jahrzehnte haben sich Fachleute von Rang mit dem Projekt befasst und es für richtig empfunden. Nun sollten der Realisierung keine Widerstände mehr entgegen gesetzt werden.

Ich war gestern zufällig am Nordausgang des Stuttgarter Hauptbahnhofes und habe dort die überdimensionale Pinwand der Protestbewegung in Augenschein genommen. Abenteuerlich die dort festgehaltenen Argumente. Von Systemveränderern, grünen Spinnern bis zu denen die gegen alles sind, ist die gesamte Bandbreite vertreten.

Ein Freund aus Südamerika schreibt mir heute: " ...wenn ich lese, wie sich die Schweizer über das Gotthardtunnel-Projekt freuen und die Stuttgarter das Bahnhofprojekt verdammen, frage ich mich, was sich die dabei denken - sofern Sie überhaupt noch denken!" Der Schreier sind viele, doch die Mehrheit ist für Stuttgart 21. Daran wird Ihre Auffassung und Ihr nicht billiger Offener Brief nichts ändern! Mit freundlichen Grüßen

K.P., München

Lieber Herr Fischer, als Mitglied der GRÜNEN bin ich begeistert von dem zivilgesellschaftlichen Engagement der Stuttgarter und fragte mich doch, ob nicht das eigentliche Projekt- Ausbau des Schienenverkehrs- ein visionäres sei. Viele Fragen waren für mich offen, um mir ein abschließendes Urteil zu bilden: Sie geben darauf in Ihrem offenen Brief Antworten.

Dafür danke ich Ihnen herzlich! Beste Grüße sende ich Ihnen, übrigens auch aus München

W.W.

Sehr geehrter Herr Fischer, ich habe soeben Ihren Offenen Brief in der FAZ gelesen und ich bin beeindruckt. Bisher war ich grundsätzlich für das Bauvorhaben, da ich davon ausging, dass nach demokratischen Verfahren gefundene Lösungen zu Recht auch gegen den Widerstand der unterlegenen Seite umgesetzt bzw. durchgesetzt werden sollten. Das denke ich auch immer noch. Wenn man per Wahlentscheid die Zuständigkeit für die Gemeinschaft betreffende Aufgaben an Politiker delegiert, sollte man auch bei missratenen Entscheidungen nicht das ganze System in Frage stellen bzw. die Delegation dadurch entwerten, dass man die gefundenen Lösungen nochmals dem Votum eines anderen Gremiums oder dem Votum der Straße aussetzt. Mit Ihren Argumenten haben Sie mir aber die Augen dafür geöffnet, dass gerade bei den großen Prestige- bzw. Jahrhundertprojekten etwas Kontrolle auch von der "Straße" notwendig ist. Wer immer die Zuständigkeit hat zu entscheiden, muss sich dafür rechtfertigen. Immer und gegenüber allen. Das ist wohl hier versäumt worden. Sie haben mich aber davon überzeugt, dass man dieses Versäumnis nachholen kann. Vielen Dank für Ihre ungewöhnlich aufschlussreiche und sachliche Kommentierung. Mit freundlichem Gruß

Dr. P.B., Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Fischer, mit Interesse habe ich Ihren Offenen Brief in der heutigen Ausgabe der

FAZ gelesen. Leider kommt er zu spät - vor mindestens 10 Jahren hätte er einen Sinn gehabt. Heute aber ist es nach den demokratischen Regeln unseres Landes, zu denen natürlich das Recht zu freier Meinungsäußerung gehört, in höchstem Grade unvernünftig gegen ein Projekt zu polemisieren, das 15 Jahre alle Stufen des gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahrens durchlaufen hat und rechtskräftig genehmigt worden ist. Ich bin mir sicher, dass die durch die fanatisierten sogenannten "Parkschützer" verschreckte schweigende Mehrheit der Stuttgarter das Verschwinden des die Innenstadt verunstaltenden Gleiskörpers begrüßt, auch wenn die Bauarbeiten langwierig und teuer sind. Mit freundlichen Grüßen

M.S.

Sehr geehrter Herr Fischer! Ich habe Ihren offenen Brief in der FAZ vom 15.10.2010 gelesen. Als Außenstehender kann ich die Protestwelle um das Bahnprojekt in Stuttgart nicht nachvollziehen. Derartig große Bauprojekte sind ja in entsprechenden kommunalen Gremien und in Planfeststellungsverfahren mit jahrelangem Vorlauf im Vorfeld kommuniziert gewesen. Da hätte man seinen Protest äußern müssen.

Ob das Projekt wirtschaftlich unsinnig ist, kann ich nicht beurteilen. Als Hamburger kenne ich natürlich die Kostenexplosion von Prestigeobjekten.

Ich werde das Gefühl nicht los, dass unsere Politikverdrossenheit ein Ventil sucht und das ist in Stuttgart dieses Bauprojekt. Es gibt aber viel größere Konfliktpotentiale durch unsere demografische Entwicklung in unseren Sozialversicherungssystemen, Langzeitarbeitslosigkeit und der Migration sowie der Geldwertstabilität. Hier sollten wir als Bürger unsere Politiker auffordern auch unangenehme Entscheidungen zu kommunizieren. Das Durchwursteln unserer derzeitigen Regierungen ist unerträglich.

Ich wünsche Ihnen, dass aus dieser Protestbewegung eine politische Kraft erwächst, die unsere Berliner- und Landespolitiker wieder an Ihre Aufgabenstellung nicht nur erinnert, sondern auch danach verantwortungsvoll mit unseren Steuergeldern und der Macht umgehen lässt, für eine bessere Zukunft. Dazu gehört auch ein leistungsfähiger Schienenverkehr. Mit freundlichem Gruß

U.W.H.

Sehr geehrter Herr Fischer, ich danke Ihnen für Ihre offenen Worte zum Thema "Stuttgart 21" - Sie haben Recht: das geht uns alle an! Ihr "Offener Brief" ist das Beste, was ich seit langem über dieses Thema gelesen habe. Können Sie veranlassen, daß mir der Brief als Datei zugesandt wird? Ich würde ihn gerne weiter verbreiten. Mit freundlichen Grüßen

Dr. E. W., Flöthe

Sehr geehrter Herr Fischer, zunächst zolle ich Ihnen hohen Respekt für Ihren Offenen Brief in der FAZ von heute! Ich bin beeindruckt von Ihrem Engagement und habe Ihre Argumente gegen "Stuttgart 21" aufmerksam und sorgfältig gelesen.

In der Sache widerspreche ich Ihnen - ich bitte Sie um Nachsicht! - mit allem Nachdruck!

Keines Ihrer Argumente und all die Argumente der vielen, die ganze Republik verwundernden und irritierenden Kritiker des Projektes werden im Verlauf der Jahrzehnte und des Jahrhunderts Bestand haben bzw. behalten.

Die Schweiz macht es uns gerade heute vor: so bewältigt man Herausforderungen der Zukunft!

Die schwäbischen Kritiker und - noch einmal meine Bitte um Verständnis - Sie demonstrieren nur ihre / Ihre Provinzialität, ihr / Ihr Verhaftetsein am Herkömmlichen, ihren / Ihren Kleinmut, ihre / Ihre Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit.

Mit Vehemenz plädiere ich dafür, daß Ihre / ihre Argumente gegen "Stuttgart 21" angehört werden. Mit gleicher Leidenschaft setze ich mich für die Realisierung des Projektes ein. Freundliche Grüße

W.E., Mudau

Sehr geehrter Herr Fischer,
erst einmal mein Kompliment über Ihre herzlich erfrischende Art, die Dinge einfach beim Namen

zu nennen, Ihre Anzeige in der FAZ über Stuttgart 21 und ihre Stiftungsarbeit, der ich mich sehr wesensverwandt fühle.... Mit herzlichem Gruß, Ihr

S.K.

Sehr geehrter Herr Fischer, ich beziehe mich auf meine mail an Sie vom gestrigen Tage. Bitte machen Sie sich nicht die Mühe, mir zu antworten, denn das hat - wie der Zufall so spielt - heute der ortskundige Dr. Thomas Löffelholz gertan mit seinem erhellenden und gründlichem Artikel in der FAZ "Die wegemonstrierte Zukunft." Er hat zwar nicht expressis verbis die Frage beantwortet, warum den Stuttgartern erst macjh 15 Jahren einfällt, daß sie den Bahnhosumbau nicht wollen. Aber die Antwort ergibt sich bei Lektüre des Artikels von selbst. Ich bin erleichtert, daß nach Kurbjuweit im SPIEGEL nun Löffelholz in noch gelassenerer und in unvoreingenommener Form diese leidige Angelegenheit behandelt hat. Ich hatte schon sehr befürchtet, daß die representative Demokratie in unserem Lande nichts mehr gelten sollte. Viele Grüße

H.

Sie sind ein Schwätzer und Volksverhetzer! Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Entscheidung Stuttgart 21 zu bauen ist durch Parlament und Gerichte getroffen und bestätigt und somit rechtskräftig! Das Wesen einer Demokratie besteht darin, daß Mehrheitsentscheidungen getroffen werden. Die haben Alle zu akzeptieren. Sicher werden gelegentlich auch Entscheidungen getroffen die Ihren Vorstellungen entsprechen, nicht aber denen von Anderen. Was würden Sie sagen, wenn diese Entscheidungen dann von irgendeiner Gruppe mit Partikularinteressen bis auf's Messer bekämpft werden?? Darüber sollten Sie mal nachdenken!!

U.R.

Lieber Herr Fischer, vielen Dank für die Nachricht zu Ihrer Anzeige Stuttgart 21. Als Rheinländer hab ich mich schon lange gefragt, was dort eigentlich los ist. Die Gegener, die in den Diskussionsrunden im TV präsentiert wurden, haben auch nicht zur Aufklärung beigetragen. Glückwunsch also zur überzeugenden Argumentation ! Die Einigkeit zwischen Politik und Bauunternehmer hat mir auch in NRW schon häufiger Rätselaufgegeben, bei unnötigen Projekten angesichts angeblich leerer Kassen aber auch bei sinnvollen jedochvöllig überdimensionierterter Baumassnahmen. Liebe Grüße aus Kreta.

J.S.

Sehr geehrter Herr Fischer, ich habe Ihren Artikel: ---Stgt. 21 geht uns alle an---, (15.10.10 in der FAZ) mit Begeisterung gelesen. Ich bin völlig Ihrer Meinung und beglückwünsche Sie zur Klarheit dieser Ihrer Darstellung. Ich hätte es genauso geschrieben, weil ich es ebenso sehe und einschätze was da "schief läuft". Seit ich mich mit diesem Thema beschäftige, frage ich mich: Wie kann man den Verantwortlichen der DB, der Stadt Stuttgart und dem Land BW klar machen, dass sie sich auf ein finanzielles und technisches Abenteuer eingelassen haben. Und noch dazu ist dieses unterirdische Bahnhofs-Neubau völlig unnötig. Haben Sie eine Idee wie man die Verantwortlichen zur Vernunft bringen könnte? Und wenn ja, würde ich Ihnen gern dazu helfen. Ich habe 30 Jahre bei der MTU Aero Engines in München als Entwicklungs-Ingenieur gearbeitet und bin vor einigen Jahren in Vorruhestand gegangen. Mein Interesse gilt vor allem sämtlichen Verkehrsthemen in Deutschland und den europäischen Nachbarländern. Mit freundlichen Grüßen

A.B.

Hallo, mein Name ist A. B. , ich beschäftige mich gerade in der Schule über Stuttgart 21 und habe ihren Beitrag in der FAZ gelesen. Ich muss wirklich sagen er hat mich sehr beeindruckt. Ich war vorher eigentlich eher für das Projekt. Ich fand die "Vorteile" überwiegend. Meine Frage wäre nun sind sie wirklich davon betroffen oder nur passiv? Denn ich muss Freitag

eine Präsentation zu diesem Thema halten und wollte ihren Beitrag thematisieren, nun ja und da muss ich selbstverständlich auch ihre Quellen prüfen. Mit freundlichem Gruß

H.v.W., Stuttgart

sehr geehrter Herr Fischer.

ich möchte Ihnen ganz einfach danken für ihre so klaren Worte,
für ihre Unterstützung und für ihr Engagement gegen dieses Wahnsinnsprojekt..

ich war auf Montagsdemos mit vielleicht 100 Menschen..und heute sind wir viele geworden
..ich hoffe wir schaffen eine Umkehr und Einsicht friedlich und beharrlich ..

OBEN BLEIBEN. mit freundlichen Grüßen aus Stuttgart

R.H.

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großem Interesse und Freude las ich Ihren Offenen Brief in der FAZ am 15.10.10. Nicht nur mit den Fakten zu diesem unseeligen Stuttgart 21 haben Sie mich bereichert (hier oben im Nordhessischen kennt man halt viele Details nicht), sondern auch der Tenor Ihrer Stellungnahme tut gut.

Im ganz kleinen Rahmen erleben wir gerade etwas Ähnliches in unserem Dorf, wo ohne die Anwohner zu informieren von jetzt auf gleich (innerhalb von 3 Monaten) eine Straße ausgebaut werden soll, deren Kosten natürlich von den Anliegern im Voraus (!) zu 50% übernommen werden soll. Da fragt man sich wirklich nach dem Demokratieverständnis in unserem Land!

Ihnen und den Anliegen Ihrer Stiftung weiterhin alles Gute und nochmals Dank für die klaren Worte, mit freundlichen Grüßen

H.B.G., Pforzheim

Aber hallo Herr Fischer, Sie lassen sich ja Ihre Meinung was kosten.

Ihre Mühe sollten sich grundsätzlich viele Menschen machen, damit wir hier zu klarer öffentlicher Diskussion kommen. Vielleicht reicht es dann ja mal für zukunftsfähige Planung auf der Erde.
konkret: Heinz Dürr hat in seinem „Potsdamer Manifest“ vorgerechnet, daß unser Energieverbrauch und Hunger schon aktuell unsere Biosphäre zum kippen bringen kann, sein Laudatio ist somit, daß ein „weiter so“ unmoralisch der Menschheit gegenüber ist. Wenn unsere Politiker und am Geschäft interessierten also 15 Jahre beratschlagen um dann volksfremde Gigantomanie umzusetzen, so ist es höchste Zeit dieses System abzuschaffen. Dies merken wohl viele Menschen und gehen mit hilflosem Protest auf die Straße. Daß es hierbei nicht mehr um Sachfragen von Projekten geht wird klar wenn man tiefer schaut oder als Verantwortlicher ehrlich wäre.

Wenn man an Lösungen interessiert ist muß man eben tiefer graben, das ist nun mal aufwendig.

Wenn Sie hiermit etwas anfangen können, bitte ich Sie um kurze Antwort. Mit schönen Grüßen

W.A.

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihre Anzeige in der FAZ habe ich gelesen. Cousins vom selben Stamm: Auf der einen Seite die Selbstherrlichen, die fremde Gelder ausgeben, auf der anderen Seite die Protestierer, die spießigen Pharisäer, die sich großartig vorkommen, zu spät aufgewacht sind und jetzt – natürlich nach ausgiebigem Frühstück- zum Demonstrieren gehen, unter Polizeischutz, also kurz: Die Mitläufer.

Mit etwas Schmalz in den angegrauten Rüben, würde man das Projekt laufen lassen, weil es zu spät. Der Spießer klammert sich fest und schreit Zeter und Mordio. Es heißt, unter den Demonstranten seien viele Alte, und die Bedingungen hätten sich nach 15 Jahren geändert. Damals waren die Grauhaarigen schon im fortgeschrittenen Alter. Wo schliefen sie denn damals ?

Der Großzügige weiß, dass man Schlachten verloren geben darf und bereitet sich auf die nächste vor. Welche wäre das ? Ja, es fehlt an Visionen.

Der Kampfplatz ist die Größe, die Größe von Institutionen und Firmen. Sie ist zu verkleinern. Jede kleine Einheit bleibt überschaubar. Als Unternehmer werden Sie eventuell wissen: Kleinheit ist nicht unwirtschaftlicher als Größe. Wenn Sie eine Erklärung wünschen und ein Beispiel dazu,

schicke ich es Ihnen.

Kennen Sie „Die Herrschaft der Kostenknechte „? Betriebswirte, Ökonomen haben in ihren Bilanzen, in ihren Datenblättern eine Größe nicht, weil sie nicht als Zahl dargestellt werden kann. Welche ist das wohl? Die Antwort: Antriebskraft, Zielstrebigkeit, Erfolgswille des Einzelnen. Nehmen Sie einen riesigen Haufen lustloser Mitarbeiter: Der Niedergang kommt von alleine. Nehmen Sie wenige freudvolle, hingebungsvolle Mitarbeiter: Sie haben keine Sorgen ! Nein, Größe ist kein Argument. Die Kostenknechte verzichten auf menschliche Eigenschaften, weil sie nicht fähig sind, diese zu beflügeln. Erfassen können sie sie sowieso nicht. Dahin soll die Stoßrichtung gehen: Zerlegt Banken, Konzerne, Verwaltungen in kleine Einheiten ! Dann kann Verantwortung nicht durch die Hierarchieebenen geschoben werden, wo sie anonym, nicht dingfest machbar wird.

Stuttgart ist kein Einzelfall. In Köln wühlen sich die Arbeitskolonnen seit vielen Jahren unterirdisch durch eine belebte Stadt: Eine U-Bahnlinie wird gebaut. Die Kosten sind astronomisch. Anonyme bürgerferne Entscheidungen. Opfern Sie nicht Ihr Geld und Ihre Kraft der falschen Seite derselben Medaille ! Angstmachen ist spießig. Jeder Tätige weiß, wer arbeitet macht Fehler. Wenn ihr keine zulassen wollt, hört auf zu leben, oder pflegt eure Gartenzwerge.

Sie sind in der falschen Gesellschaft. Diese wird Sie in die Pfanne hauen, wenn es opportun sind; es sind Mitläufer. Es gibt so viele schöne, große Aufgaben. Diesen wollen wir unsere Kraft widmen !
Mit freundlichen Grüßen

J.G.

Sehr geehrter Herr Fischer! Mein Freund hat mir heute Ihren Offenen Brief geschickt - allerdings in ausgeschnittener Form, so dass mir Zeitung und Datum nicht bekannt sind.

Ich - als verwöhnte Berufsdemonstrantin - möchte Ihnen herzlich für Ihren Brief danken. Es ist wichtig, dass auch Menschen außerhalb Baden-Württembergs Stellung zu diesem sinnlosen Prestige- und Immobilienprojekt beziehen. Mittlerweile bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass pro und contra von der jeweiligen Philosophie abhängen.

Wer der Maxime "immer höher, immer weiter, immer schneller, immer mehr" huldigt, ist nicht inder Lage, Menschen mit einem anderen Wertekanon zu begreifen. Mich freut es, zu erleben, wie so viele Stuttgarter sich querstellen, was man von diesen wohl zuletzt erwartet hätte. Ich, eine schlesisch-schwäbische Mischung, bin vor fünf Jahren nach Stuttgart gezogen und bin stolz auf diesen Protest! Jetzt ist mir diese Stadt zur Heimat geworden!!! Herzliche Grüße

S.S.

Sehr geehrter Herr Fischer, zunächst herzlichen Dank für Ihren Offenen Brief - es scheint auch noch ehrhafte Unternehmer zu geben. Das ist der Grund Ihnen eine möglicherweise wichtige Information zukommen zu lassen für den Fall, dass Sie und die "Bewegung" sie noch nicht kennen. Am 11.10.2010 hörte ich die Nachrichten vom DeutschlandFunk und horchte leider erst auf als folgender Satz gesprochen wurde : "... (?) äußerte Mappus in der saudischen Stadt Djihar" und ärgerte mich über meine Unaufmerksamkeit. Ich fragte mich, ob die Stadt Stuttgart etwa eine Städte-Partnerschaft mit einer saudiarabischen Stadt unterhält und würde gerne - falls möglich - eine Auskunft darüber bekommen. Sollten Sie diese Nachricht bereits kennen, wüsste ich gerne, was Mappus denn in Saudiarabien gesagt hat. Desweiteren möchte ich Sie auf einen weiteren "Städte-Skandal" (neben Köln) hinweisen, der in beeindruckender und erschütternder Weise in einer Rundfunk-Dokumentation unter dem Titel : "Der Fall Mühlheim an der Ruhr" vor ca. 2 Jahren ausgestrahlt wurde. Vielleicht lohnen sich (Erfahrungs-)Austausch und Vernetzung mit den dortigen geschädigten Bürgern - und den Dokumentar-Filmern.

Mit besten Wünschen für die stuttgarter Bewegung verbleibt mit herzlichen Grüßen an Sie S.S.

W.C., Pirmasens

Guten Tag Herr Fischer,

Hut ab vor Ihnen, der offene Brief trifft in allen Punkten zu... Mit optimistischen Grüßen

A.L., Hamburg

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großer Freude hab ich Ihre Anzeige gelesen.

Ich lege Ihnen einige Artikel bei, die auch dafür sorgten, dass S21 überregional diskutiert wird. Sie sollten zu diesem Thema ein Symposium veranstalten, ist eine Idee, die mir gerade einfällt. Denn nun geht die Propaganda los, da ?? S21 jetzt ein Fall ????? ist. Beste Grüße

Leserbrief FAZ von Dr. F. H., Hennecke

DER AUFSTAND DER BÜRGER

Dem Leitartikel von Günther Nonnenmacher „Über Stuttgart 21 hinaus“ (F.A.Z. vom 8. Oktober) ist mehrfach zu widersprechen. Auch die Rettungsbemühungen von Thomas Löffelholz („Die weggedemonstrierte Zukunft“, F.A.Z. vom 18. Oktober) machen die Sache nicht richtiger. Der Versuch, das eminent politische Problem auf die Ebene der Legalität zu verschieben und dort zu erledigen, gelingt nicht.

Der Aufstand der Bürger in Stuttgart richtet sich nicht gegen die Geltung des Rechts. Der Aufstand gilt vielmehr einer Politik, die ihr repräsentativ-demokratisches Mandat mit der Entscheidung für ein größenwahnsinniges Projekt weit überstrapaziert hat, sich nachträglich besserer Einsicht verschließt und diese Entscheidung jetzt mit Wasserwerfern rechthaberisch verteidigt. Die neuen Argumente sind jetzt die „Europäische Magistrale von Paris nach Budapest“ und die „Zukunftsfähigkeit Deutschlands“. Als ob die Landesregierung Baden-Württemberg je etwas mit Mitteleuropa im Sinn gehabt hätte. Und was ist das für eine Zukunft – deren Werthaltung angesichts der globalen Finanzkrise, des demographischen Wandels und weltweiter Ressourcenknappheit in nichts weiter als einem immer Mehr, immer Größer, immer Schneller besteht?

Nonnenmacher erinnert an die rechtsstaatlich durchgeführten Verfahren und bemüht Luhmann: „Legitimation durch Verfahren“. Das ist gut, aber Verfahren allein genügt nicht. Sonst gälte der reine Positivismus. Zur Legitimation muss auch eine inhaltliche Richtigkeit hinzukommen. Hieran fehlt es bei „Stuttgart 21“. Die Mängel liegen offen zutage und sind soeben erst in einer großen Privatanzeige eines Münchner Unternehmers sorgfältig und sachlich dargelegt worden (F.A.Z. vom 15. Oktober). Das Projekt hat unabsehbare Kostenfolgen und ist verkehrstechnisch, ökonomisch, städteplanerisch und ökologisch fragwürdig. Außerdem ist es im Hinblick auf das tagtägliche Elend der Bahn im ganzen Bundesgebiet ein Ausdruck falscher Prioritätensetzung. Dagegen wehren sich die Bürger. Nun darf Legitimität gewiss nicht gegen Legalität ausgespielt werden. Rechtsordnung und Rechtsfriede wären dann nicht mehr möglich. Aber gerade weil das so ist, muss Politik alles daransetzen, dass beide Prinzipien nicht allzu weit auseinandertreten. Die Legalität hält nicht, wenn sich die politische Entscheidung zu weit vom Bürger, von der Wirklichkeit, von der Vernunft entfernt. Auch im demokratischen Staat kann nicht gelten: einmal gewählt, und dann zu allem ermächtigt.

Der Verweis auf gerichtliche Entscheidungen verfängt nicht: Gerichte können nur die Rechtmäßigkeit einer Entscheidung bestätigen oder verneinen. Die Sinnhaftigkeit eines Projekts wird vom Gericht nicht geprüft. Auch unsinnige Projekte und Entscheidungen können rechtmäßig sein. Daher wächst dem Projekt „Stuttgart 21“ durch Gerichtsentscheidungen auch keine inhaltliche Legitimation zu.

Man mag von Volksentscheidungen halten was man will; sie aber deswegen abzulehnen, weil hierdurch eine örtliche Entscheidungsebene zum Tragen kommt, geht so lange fehl, wie überhaupt örtliche Entscheidungsträger zuständig sind. Ist dies der Fall, kann es nicht darauf ankommen, in welchem Verfahren örtlich entschieden wird. Das Argument stellt daher die Zuständigkeit örtlicher Entscheidungsträger insgesamt in Frage. Sowohl für Entscheidungen nachher wie eben auch vorher.

Legitimation durch Verfahren: Das muss dann auch für die Verfahrensbeteiligten selbst gelten. Das von der Landesregierung Baden-Württemberg bestellte Gutachten von Kirchhof und Dolde stellt heraus, dass für das Projekt der Bund zuständig ist. Wenn es denn so wäre. Wenn doch der Bund durch seine verfassungsmäßigen Organe, aufgrund demokratischer Legitimation, in einem öffentlichen Verfahren und in parlamentarischer Verantwortung entscheiden würde. Aber

Projektträger ist die Deutsche Bahn Aktiengesellschaft.

Dieses aus der Privatisierung der Deutschen Bundesbahn hervorgegangene privatwirtschaftliche Monopol handelt ohne jede politische und demokratische Kontrolle. Es unterliegt keiner parlamentarischen Verantwortung und ist nicht an öffentliches Haushaltsrecht gebunden. Es kommt nur auf die Entscheidung des Vorstands an. Das Machtgehabe des Vorstandsvorsitzenden spricht für sich. Seit der Privatisierung taumelt die Bahn von Fehlleistung zu Fehlleistung. Niemand, wenn nicht allein die öffentliche Meinung, bietet Einhalt. Vielleicht tun dies jetzt die Bürger von Baden-Württemberg.

W.R.

Sehr geehrter Herr Fischer! Gut Bekannte haben mir eine Kopie Ihres Offenen Briefes zu "Stuttgart 21" zugesandt. Mit Interesse habe ich das gelesen, da ich ein ganz entschiedener Gegner von "Stuttgart 21" bin. Ich habe Mitte September (so daß ich den Wasserwerfereinsatz usw. gegen Wehrlose im Schlossgarten nicht mehr berücksichtigen konnte, weiß damit aber meine Ansicht völlig bestätigt) eine umfangreiche Thesenreihe zu S21 verfaßt. Diese hänge ich Ihnen zur Lektüre an; ich hoffe, daß es für Sie interessante Lektüre wird. Ihren Ausführungen stimme ich in allem zu. Sie können meine Thesen auch weiterverwenden. Gerne höre ich von Ihnen. Mit herzlichen Grüßen von der Schwäbischen Alb nach München

W.M., Hamburg

Sehr geehrter Herr Fischer, heute bekam ich aus dem Hunsrück Ihre Anzeige vom 15. 10.2010 in der FAZ geschickt. Ich habe ich die FAZ nicht abonniert. Ich danke Ihnen recht herzlich für die Anzeige, Ihre Mühe und den Zeitaufwand, den Text zu formulieren und die Kosten für das Inserat. Wunderbar, wie Sie gegen den Unverstand der "Oberen" argumentieren.

Bei uns in Hamburg-Altona kann ein von der Deutschen Bundesbahn damals verschandeltes, ehemals wunderhübsches Bahnhofsgebäude, heute ein Betonneubau als Kaufhof-Kaufhaus angesehen werden. Die Filiale rechnete sich nicht für den Kaufhof, sie wurde geschlossen. Nach längerem Leerstand eröffnete media-market dort - aber der hübsche Bahnhofsbau ist vorbei. Er war im Einklang mit der gegenüberliegenden Bundesbahndirektion. Es war einmal.

Wieviel Geld bei Stuttgart 21 wohl auf nicht offiziellen Wegen von wo nach wo geflossen ist. Ich heirate 1968 in eine Familie, dessen Großvater Mitglied des Bayerischen Landtags war. Ich wunderte mich über das bestehende Vermögen und las später einmal eine anklagende Anzeige gegen den Großvater, weil er mit einigen Weggenossen Grundstücke in München "rechtsstaatlich" anderen Eigentümern zugeführt hatte. Auf meine Frage danach sagte Opa nur: "Du liest aber aufmerksam die Zeitungen." Es war etwa Ende der 70er Jahre.

Recht herzlichen Dank für die Unterstützung.

Vor etwa 200 Jahren ermunterte ein kluger Mann aus dem damaligen Königsberg uns: "Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen". Leider vermisse ich diesen Mut oft.

Ich danke Ihnen und grüße Sie recht herzlich

G.D., Bernau

Sehr geehrter Herr Fischer, vor einigen Tagen fiel mir Ihr Artikel „Stuttgart 21 geht uns alle an“ in der FAZ in die Hände. – Gut, daß es in Deutschland Menschen gibt, deren Vernunft ihre Stimme geben. Hoffentlich haben möglichst viele Menschen, darunter unsere Volksvertreter und Entscheidungsfinder diesen Brief gelesen und verstanden. Ob sie allerdings dies beherzigen, hängt wohl von ihrer Parteilagerabhängigkeit ab. -

Als „Mittäter“ in der friedlichen Revolution 1989 in Berlin habe ich die Hoffnung, daß das so arg bevormundete Wahlvolk in Deutschland endlich wach wird. Dabei sind ja die Schwaben die geduldigsten und gutgestellten Teile der Bevölkerung in Deutschland und wenn diese so vehement sich wehren gegen verheerenden Unsinn, ist dies wohl ein Zeichen für Sturm, hoffentlich nicht nur im Wasserglas. – Jedenfalls gebührt Ihnen Dank für Ihre offenen Worte! – Ich lebe in Brandenburg am Rande Berlins. So muß ich zähneknirschend hinnehmen, daß es hier noch immer alte Strukturen

in vielen Köpfen gibt, auch bei den Medien. So werden meine Leserbriefe prinzipiell nicht mehr gedruckt. Mit bestem Gruß

K. W., La Chartre/ Frankreich

Sehr geehrter Herr Fischer, im Frühsommer 2004 war ich mit sechs ungarischen Bürgermeistern in Stuttgart. Dort haben wir mit OB Schuster gesprochen und uns das frei und öffentlich zugängliche Dokumentationszentrum „Stuttgart 21“ abgeschaut, für das sich niemand außer uns interessierte.

Wir waren begeistert (und sind es noch!) von dem planerischen Weitblick der Konzeption.

Inzwischen haben Heuchler (die sich danach für nichts interessierten) und Hinterweltler das Sagen, die sich von gewissenlosen Demo-Profis organisieren lassen – da hat ja Deutschland wahrlich seine einschlägigen Erfahrungen!

Mich wundert, daß Sie Ihr schönes Geld in den Dienst einer vorindustriellen Nachhut stellen. Und: Wo waren Sie eigentlich 2004? Da habe ich nichts von Ihnen gehört. Sie sollten das in einem ähnlich offenen Brief wie am 15.10. den FAZ- Lesern erklären. Vielleicht werden Sie dann etwas glaubwürdiger. Mit freundlichen Grüßen

G. A., Berg

Sehr geehrter Herr Fischer, meine Größte Anerkennung für Ihren Beitrag in der FAZ den Sie sich auch noch als Anzeige „erkaufen“ mussten weil Sie ihn sonst nicht hätten in der breiten Öffentlichkeit publik machen können. Auch wenn ich kein Freund der Bild-Zeitung bin habe ich während ich den Artikel las mir gedacht, noch breiter müsste man diese kritische aber konstruktive Sicht der Dinge kundtun, am besten in der Bild, damit es jedermann mitbekommt. Bodenständige und realitätsnahe Menschen würden der Politik gut tun und die Gefahren abwenden von denen Sie auch auf Ihrer Webseite sprechen, z.B. der Staat als Selbstbedienungsladen – wie bedauerlich, wie gefährlich und leider doch zutreffend!

Letztendlich wollte ich Sie nur um eines bitten: Ich würde gerne Freunden die Gelegenheit geben Ihre Worte zum Projekt „S21“ zu lesen und habe gehofft auf der Seite der Stiftung einen „Link“ zu finden. Letztendlich ist Ihr „Artikel“ in der FAZ ja ein „Aufruf für Kultur und Zivilisation“.

Bitte senden Sie mir den Beitrag per Fax, per Mail oder falls es einen Link im Internet gibt lassen Sie mich diesen wissen. Hochachtungsvoll

S. D., Pirna

Sehr geehrter Herr Fischer, mit großer Freude habe ich Ihren offenen Brief zu „Stuttgart 21“ gelesen. Ich bin überzeugt, daß Sie deutschlandweit sehr sehr vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen haben! Bravo! Mit herzlichen Grüßen nach Bayern

K. P., Frankfurt a. M.

Prima, Herr Fischer, ein toller offener Brief in der FAZ heute. Dank für Ihren Mut & Ihr Engagement. Freundlichen Gruß

H. K., München

Von G. M. bekam ich soeben den Artikel über Stuttgart 21 zugeschickt: wie gut, dass das jemand sagt, und wie gut, dass das jemand so gut sagt! Auch wie die Politiker die Laufzeitverlängerung der AKW über das „Volk“ hinweg beschließen, ist katastrophal. Herzlichst

J. D., München

DANKESCHÖN und RESPEKT

G.B., München

Sehr geehrter Herr Fischer, ich bin über Ihre Anzeige in der FAZ bezüglich **Stuttgart 21** gestolpert. Aufgrund eigener schlechter Erfahrungen glaube ich nicht, dass man mit derartigen Anzeigen sehr viel erreichen kann. Das System ist viel zu träge, sodass eine derartige Anzeige, auch

wenn man sich damit sehr viel Mühe gegeben hat, nichts einbringt. Da müsste man schon Besitzer einer großen Zeitung sein und wochenlang derartige Anzeigen schalten können. Und selbst dann ist es sehr fraglich, ob da etwas passiert, solange die Leute mit Einfluss nur in einer beschränkten Masse mitmachen wollen. Um eine kritische Masse zu erreichen, müsste man schon ein ganzes Propagandaministerium wie der Goebbels zur Verfügung haben.

In der Sache selbst gebe ich Ihnen jedoch vollkommen Recht: Dieser Bahnhof in Stuttgart ist eine maßlose Geldverschwendung, zumal Stuttgart eine ICE- Nebenstrecke ist. Die Hauptstrecke geht von München über Nürnberg hoch. Da sind ein paar verlorene Minuten in Stuttgart nicht tragisch. Man muss sich nur an den Umstand gewöhnen, dass wenn man von Paris mit der Bahn nach München fährt, ab Stuttgart hinten und vorn vertauscht sind. (Auf diese Weise hatte ich einmal gar nicht mitbekommen, dass ich soeben in München war, worauf ich bei schrecklichem Winterwetter bis nach Rosenheim entführt wurde und dabei auch noch nachzahlen musste!)

A.-W. F., Stuttgart

Sehr geehrter Herr Fischer, herzlichen Dank für Ihren Beitrag und Ihre Anzeige in der FAZ zum Thema Stuttgart 21. Sie treffen mit Ihren Anmerkungen den Nagel weitestgehend auf den Kopf. Es ist erstaunlich und gleichzeitig bedrückend, wie die politischen Funktionsträger sich von der Argumentation mit einer „europäischen Eisenbahnmagistrale von Paris nach Pressburg“ haben berauschen lassen. Nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Bonn. Ein Rausch, der bei den politischen Protagonisten des Projekts, nicht zuletzt wohl auch von der Perspektive auf Profit im Bau-, Boden- und Bankgewerbe verursacht ist. Ein Rausch ist oft jedoch mit einem nachfolgenden kräftigen Kater verbunden. Verkehrswirtschaftlich und verkehrspolitisch macht Stuttgart 21 keinen Sinn und ist zudem mit unkalkulierbaren Risiken verknüpft:

- Eine „Eisenbahnmagistrale“ die nicht einmal von schweren Güterzügen befahrbar ist
- Eine Eisenbahnverbindung, die vor allem auch fragwürdig ist hinsichtlich ihres verkehrspolitischen Gewichts im europäischen Kontext ist, vor dem Hintergrund der nachfrageseitigen Präferenzen für das Flugzeug im Personenverkehr einerseits und für den Lastkraftwagen im Güterverkehr andererseits
- Sicherheitsstandards im Tunnel, die schon heute nicht mehr dem Stand der technischen Regeln entsprechen und Ausnahmegenehmigungen erfordern
- Reduzierung der Leistungsfähigkeit des Hauptbahnhofes, gegenüber dem jetzigen Zustand, bis hin zu einer erhöhten Störanfälligkeit
- Nur marginale Zeitgewinne zwischen Stuttgart und Ulm
- Ein „sich in die Tasche Lügen“ hinsichtlich der Kosten und der zu erwartenden Kostenüberschreitungen.
- Unübersehbare technische und finanzielle Risiken aus der örtlichen Geologie mit Gipskeuper und Mineralwasserhorizonten im Untergrund

Dies alles lässt den Schluss zu, dass die verkehrstechnische und verkehrspolitische Seite des Projekts neben der immobilienwirtschaftlichen Seite, d.h. der Vermarktung des bisherigen Bahnhofgeländes, offensichtlich eher ein Stiefkind war – ganz im Gegensatz zur offiziellen Diktion. Denn sie ist von zu vielen simplen handwerklichen Fehlern geprägt. Wie bei Immobilienprojekten üblich, wird – recht fadenscheinig – natürlich auch mit „städtebaulichen Chancen“ geworben. Dabei geht es aber um eine „Stadterweiterung“ die in der Bevölkerung hierzulande kaum jemand will, geschweige denn braucht. Auf diesem Dilemma beruht auch das Kommunikationsdefizit der Politik gegenüber der Bevölkerung. Für den wachen Bürger wird die Diskrepanz zwischen der vorgeblichen verkehrspolitischen Zielsetzung (die zudem stark von Eisenbahnromantik geprägt ist) und den in Wahrheit verfolgten immobilienwirtschaftlichen Interessen und die damit verbundenen Veränderungen in der Stadt evident. Die Bürgerschaft wurde vom Rausch der Politiker angesteckt. So wird die bisherige Kommunikationspolitik auch eher als eine Verneblungs- oder „Hinters- Licht- Führen- Strategie“ empfunden und nicht als ehrliche Informationspolitik. Leider muss man auch klar sehen, dass Stuttgart 21 die ursprünglich favorisierte, realistischere Führung einer

Schnellbahntrasse von Stuttgart nach Ulm durch das Neckar- und Filstal, um mindestens 15 Jahre verzögert hat.

In meiner zurückliegenden beruflichen Tätigkeit, war ich mehr als 30 Jahre für ein großes Wirtschaftsunternehmen in vielen lokalen, nationalen und internationalen Gremien verkehrspolitisch aktiv. Dabei habe ich zwangsläufig viel Überblick über die Entscheidungsfindung in politischen Gremien, über Karrieren und die Qualifikationen unserer politischen Mandatsträger und Repräsentanten sowie über das Entstehen politischer Entscheidungen und deren Durchsetzung in unserer gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie – oft auch an der Bevölkerung vorbei – gewinnen können. Vor diesem Hintergrund danke ich Ihnen für Ihren Beitrag und Ihr Engagement. Mit freundlich Grüßen aus Stuttgart

B. W., Frankfurt a. M.

Hallo Herr Fischer, Ihre Anzeige habe ich mit Wut gelesen. Ich als ehemaliger Stuttgarter bin für den Bau Stuttgart 21, weil ich für Fortschritt, trotz meines hohen Alters bin. Die Polizei hätte bei der Demo viel härter durchgreifen müssen. Ich nehme an, dass Sie auch ein alter Bock sind: Sie Hinterweltler aus München. Mit freundlich Grüßen

W. R., München

Offene Boschkarte an Dummenfischer. Ich kann nicht mit dem Mercedes zum Demonstrieren fahren. Ich brauche die Bahn. Also wird Stuttgart 21 gebaut wie geplant. Geld für die Bahn bleibt im Inland. Geld für die Straße geht ins Ausland.

H. G., Ettenheim

Lieber Herr Fischer, organisieren Sie eine Verfassungsklage gegen die Erfindung des Rades. Sie haben sicher starke Argumente und werden genügend Mitstreiter finden. Dann hat sich alles erledigt. Kein Rad = keine Züge = keine Bahnhöfe. Alle bleiben daheim, züchten Radieschen und warten bis sie diese von unten anschauen können. Die Erde erholt sich und wird wieder zum Paradies. Schade, daß ich mit meinen 66 Jahren nicht mehr in den vollen Genuß kommen werde. Aber man kann nicht alles haben. Alles Gute

H. P., Diez

Sehr verehrter Herr Fischer, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Anzeige in der FR vom 15.10., die den Bürgerprotest ins rechte Licht rückt. Ich würde gerne mehr von Ihnen wissen. Herzliche Grüße

S. L., Hohenfels

Lieber Herr Fischer, haben Sie ganz herzlichen Dank für Ihren offenen Brief zu STUTTGART 21 in der gestrigen FAZ! Ihre schlichten, aufrichtigen Worte sollten eigentlich vielen Menschen die Augen öffnen: eine solche Gigantomanie wie Stg 21 ist der helle Wahnsinn! Wird Ihr offener Brief auch noch in anderen Zeitungen abgedruckt? **Bitte machen Sie weiter!** Nochmals: herzlichen Dank für Ihr großes Engagement! Alles Gute für Sie! Mit herzlichem Gruß

B. S., Neu-Isenburg

S. g. H. Fischer, habe mit Freude Ihre FAZ-Anzeige gelesen. Ihnen z. K. Kop. Meines Briefes an den O.B. Ähnlicher Brief ging an den Min. Präs. Mappus. Wenn keine Antwort in ca 10 Tagen schreibe ich <Leserbriefe> an die 2 Stuttgarter Zeitungen m. fr. Gr.!

I. D., Stuttgart

Sehr geehrter Herr Fischer! Dank für Ihr Aufrütteln! Es muß immer Realisten geben und auch Mitmenschen mit neuen Ideen. Ich bewundere aufrichtig den Fleiß all derer, die in 15 Jahren Entwürfe, Pläne und Berechnungen aufgestellt haben über die Kosten von 55 Brücken, 26 Tunneln und den Umbau. Aber ich frage mich, ob einer dieser Herren mal in einem vollgelaufenen Keller gestanden hat! Von dem sich häufenden Hochwasser gelesen hat, sich Gedanken gemacht hat über

Stuttgarts Tallage... Experten einig: Extreme Wetterereignisse nehmen zu. Umweltbundesrat und Wetterdienst raten Klimaveränderungen künftig bei Bauvorhaben und Investitionen zu berücksichtigen! Wenn wir für unsere Nachkommen vorsorgen wollen, können wir nicht an inzwischen veralteten Plänen festhalten! Mit besten Wünschen